

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
15. November 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Die Frauen und die Reichstagswahlen. Von Luise Zieg. — Die Zwecklosigkeit der Strafe. II. Von Julian Borchardt. — Die Teuerung. (Für die Lesende und Diskussionsabende.) Von Käthe Dunder. — Aus der Geschichte der menschlichen Unwissenheit. III. Von B. Sommer. — Eine Schrift für die Proletarierinnen. Von R. S. — Die vierte österreichische Frauenkonferenz. Von A. P.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Das Winterprogramm der Nürnberger Jugendorganisation. — Von unserer Jugendbewegung. Von M. W. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Der erfolgreiche Ausgang des Streiks der Schokoladen- und Zuckerwarenarbeiter und -arbeiterinnen in Dresden. — Aus der Holzindustrie. Von Sk.
Notizen: Soziale Glendebilder. — Dienstbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Die Reichstagswahlen sind ausgeschrieben. Am 12. Januar 1912 finden die Hauptwahlen statt. Mit febernder Ungeduld und dabei doch mit Umsicht und Sorgfalt hat die sozialdemokratische Arbeitererschaft ihre Vorbereitungen für den Wahlkampf getroffen, und mit Einsetzung ihrer ganzen Kraft wird sie ihn führen. Sie ist sich wohl bewußt, daß die bevorstehende Wahl mehr bedeutet als einen Gerichtstag, an dem mit unseren politischen Gegnern gründliche Abrechnung gehalten wird über ihr schier unübersehbares Sündenregister. Sie ist sich wohl bewußt, daß die bevorstehende Wahl auch mehr bedeutet als den Kampf um größeren legislativen Einfluß durch die Eroberung einer möglichst großen Zahl von Mandaten und die Erzielung einer möglichst hohen Stimmenzahl. Sie ist sich völlig klar darüber, daß die bevorstehende Wahl der Ausdruck schärfsten Klassenkampfes ist, der sich gegen die bürgerlichen Parteien als die Repräsentanten und Hüter der kapitalistischen Ordnung der Dinge richtet. Erklärlich genug: die Wahlen stehen im Zeichen der Teuerung in Permanenz und der nimmer weichenden Kriegsgefahr. Zwei Dinge, die so grundverschieden scheinen, und die doch der engste ursächliche Zusammenhang miteinander verknüpft, denn beide sind legitime Kinder unserer hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaftsordnung und bedingen sich gegenseitig.

Eine weit fortgeschrittene Technik steigert die Ergiebigkeit der Arbeit, ermöglicht und erleichtert die Massenproduktion von Waren und verbilligt sie. Aber an einem bestimmten Punkte der Entwicklung treibt kapitalistische Profitgier zur Kartellierung der Unternehmen, zur Vertrustung der Betriebe, führt damit den Kapitalisten alle Vorteile einer hochentwickelten Betriebsform, raubt diese Vorteile jedoch der konsumierenden Gesellschaft, die sie in Gestalt billiger Waren genießen könnte. Die Preise werden ja nunmehr von den vertrusteten Unternehmern festgesetzt und nicht mehr durch die Konkurrenz geregelt. Die ausländische Konkurrenz wird zudem durch ein raffiniertes und auf die Spitze getriebenes Schutzzollsystem ferngehalten. Ein Schutzzollsystem, dem neben den Industriellen die Agrarier freudig zustimmen, wofür sie zum Danke die weitestgehende Unterstützung der Industriellen fanden, als es sich darum handelte, ihr eigenes Begehren nach gesteigertem Gewinn zu befriedigen

durch die Schaffung und den Ausbau der agrarischen Zoll- und Viebesgabenpolitik. Beiden Gruppen ist damit der innere Markt unbefristet überliefert, will heißen: zur Ausplünderung der Konsumenten preisgegeben. Teuerungspriese senken aber bekanntlich den Konsum. Die breiten Schichten der minderbemittelten und besitzlosen Bevölkerung müssen wohl oder übel — nicht selten auf Kosten ihrer Gesundheit — den Verbrauch einschränken.

Für den so entstehenden Warenüberschuß, der noch vermehrt wird durch die weit reichere Menge von Erzeugnissen, welche wir der fortschreitenden Entwicklung verdanken, gilt es nun, Absatzgebiete im Ausland zu finden, dazu Anlagemöglichkeiten für das aufgehäufte Kapital, und — so werden unsere herrschenden Klassen Weltpolitiker: Imperialisten! Denn in dem Ringen und Jagen nach gesicherten Absatzgebieten im Ausland, nach eigenem kolonialen Besitz bildet die Waffengewalt der einzelnen Staaten noch immer die ultima ratio. Siehe den italienisch-türkischen Krieg!

Und die Regierungen, als „geschäftsführende Ausschüsse“ der herrschenden Klassen setzen ihre Autorität und Macht ein für die Vermehrung des Heeres, der Flotte und für koloniale Abenteuer. Da aber die Herrschenden keineswegs gesonnen sind, aus der eigenen Tasche die Kosten für diese Dinge zu tragen, die ihrem Interesse nach vielen Richtungen hin dienen, so wird dem Volke zu der schon erwähnten Last der Zölle auch noch die schwer drückende Bürde der indirekten Steuern aufgelegt. Ein weiteres Anziehen der Teuerungspriese ist die Folge. Kommt alsdann noch, wie in diesem Jahre, die Dürre hinzu, so bildet die dadurch bedingte Preissteigerung den Tropfen, der das übervolle Glas der Lebensmittelteuerung zum Überlaufen bringt. Die Teuerung steigert sich zur Hungersnot.

Aber auch ohne Dürre und Mißwachs wird die Teuerung aus den eingangs dargelegten Ursachen bleiben. Die Empörung der arbeitenden Massen darüber muß wachsen. Sie werden zu politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen aufgepeitscht, um eine Linderung ihrer Not durchzusetzen. Eine Linderung, die für sie zur Lebensnotwendigkeit wird. An dem System der indirekten Steuern und Zölle also wollen die Herrschenden nicht rütteln lassen, wie uns Bethmann Hollweg im Reichstag verkündet hat; sie fürchten den völligen Zusammenbruch dieses Systems. Allein sie fürchten auch die Opposition und den Kampf der doppelt und dreifach ausgebeuteten Proletariermassen. Um sich gegen diese zu schützen, rufen die Herrschenden nach Verschärfung des Strafgesetzes, nach Ausnahmebestimmungen, nach Polizei und Militär gegen die politischen und gewerkschaftlichen Klassenkämpfer! Alles, was die Widerstandskraft und Widerstandslust der Ausgebeuteten stärken und neu beleben könnte, suchen sie zu hintertreiben. Der Arbeiter- und Arbeiterinnenschutz, der Kinderschutz stehen im Zeichen des Krebses. Die Reichsversicherungsordnung, die ein weitgreifendes Gesetz sozialer Fürsorge werden sollte, ist zu einem Ausnahmegesetz schlimmster Art für die arbeitenden Massen, insbesondere für die Frauen gemorden. Überall im Reiche verweigert man hartnäckig den Frauen die

Aushändigung politischer Rechte, die doch für sie unentbehrliche Waffen im politischen Kampfe sind; im größten deutschen Bundesstaat: Preußen und in einer Reihe deutscher Kleinstaaten sind auch die Männer zu politischen Heloten degradiert durch die Vorenthaltung eines demokratischen Wahlrechts. Kurzum: Reaktion auf der ganzen Linie!

Reaktion im Interesse der Aufrechterhaltung und festeren Fundierung der Ausbeutung der arbeitenden Massen, Reaktion, um die kapitalistische Ordnung der Dinge zu stützen, die längst zu einer heillosen Anordnung geworden ist, die zu einem Zustand geführt hat, in dem die Produktivkräfte wieder und wieder gegen die einengenden Fesseln der geltenden Eigentumsordnung rebellieren, gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Zu einem Zustand, in dem die Herrschenden zur fortgesetzten Lähmung, Verschwendung und Vernichtung von Produktionskräften und Produktionsmitteln gezwungen sind, um die rebellierenden Mächte noch eine Weile zu bändigen. Zu einem Zustand, in dem die Gesellschaft in ihrem Reichtum zu ersticken droht, während die arbeitenden Massen, die diesen Reichtum erzeugten, in Not und Entbehrungen leben.

Gegen die ganze Summe dieser Verhältnisse richtet sich unser Wahlkampf. Die Wahlbewegung gilt es zu nützen, um den richtigen Zusammenhang der gesellschaftlichen Dinge den breiten Schichten des Proletariats klarzumachen und ihnen zu zeigen, daß es in der heutigen Gesellschaftsordnung wohl eine Linderung der Not und Knechtschaft gibt, aber nimmer ihre Beseitigung. Tief, unauslöschlich müssen wir es dem Bewußtsein der Werttätigen einbrennen, daß die Beseitigung aller Not und Knechtschaft nur zu erreichen ist dank der Verdrängung des Kapitalismus durch den Sozialismus, daß deshalb ein Wahlsieg nur eine Etappe bedeutet auf dem Wege der Ausbeuteten zu ihrer endgültigen Befreiung. Nur eine Etappe, aber eine wichtige, notwendige Etappe. Eine Gelegenheit, bei der wir uns zählen, unsere Kräfte messen, unsere Kräfte stärken, unseren parlamentarischen Einfluß erhöhen, unsere Werbekraft steigern, den Samen unserer Anschauungen austreuen in die Herzen und Köpfe der vom Wahlfieber erfaßten und erregten Massen. Eine harte Schlacht, die zu einem glänzenden Siege des Sozialismus werden muß!

Der Wahlkampf stellt besonders hohe Anforderungen an die Frauen, die als politisch Rechtlose sich an der Wahl selbst nicht beteiligen dürfen, wenngleich sie an der Gestaltung unserer politischen Verhältnisse wahrlich nicht weniger interessiert sind als die Männer. Diesen hohen Anforderungen zu genügen, dazu wird den Frauen der Hohn die Kraft geben, der Hohn ob ihrer Rechtlosigkeit; die Erbitterung über die schier unerträgliche Teuerung und über die Verweigerung aller durchgreifenden Linderungsmaßnahmen, der Grimm über den Druck und die Gefahren des Militarismus und der Weltpolitik, über den Krebsgang der Sozialreform und die drohende Verschärfung der Strafgesetyparagraphen, kurz über alles, was uns bedrückt und knechtet. Es gilt jeden Tag und jede Stunde zu nützen, um unsere Anschauungen den uns Fernstehenden nahezubringen, sie ihnen einzupflanzen. Das kann geschehen von der Tribüne in der Versammlung wie an der Arbeitsstätte, auf dem Wege zu ihr und von ihr, im Freundes-, Bekannten- oder Familienkreis. Aber auch alle wahltechnischen Arbeiten sind ebensowohl Sache der Genossinnen wie der Genossen. Flugblätter und Stimmzettel müssen verteilt werden; Listen sind anzulegen und zu führen, am Tage der Wahl gilt es säumige Wähler an ihre Wahlpflicht zu mahnen und manches andere mehr. Bei all dieser Tätigkeit müssen die Genossinnen freilich manches Unangenehme mit in den Kauf nehmen: den Spott und Hohn der Toren und Gedankenlosen, die Beschimpfungen roher und brutaler Gegner, die nicht geringen Strapazen, welche die Arbeit selbst mit sich bringt. Jedoch das Bewußtsein treuer Pflichterfüllung, die Gewißheit, einer großen und guten Sache zu dienen, das Glücksempfinden, Kämpferinnen für die Befreiung der Menschheit zu sein, wird über all die Mühen und Kleinlichkeiten des Alltags hinweghelfen. Und ein herrlicher Lohn wird die große Freude am errungenen Siege sein, der uns gewiß ist, sofern

wir alle unsere ganze Kraft anspannen. Darum: Auf in den Wahlkampf! Alle, die zu uns stehen, vor die Front! Mit der ganzen Kraft, der Energie, der Hingabe und Begeisterung gekämpft, wie das Sozialdemokraten geziemt. Gekämpft mit dem festen unbeugsamen Willen, daß der Wahltag zu einem glänzenden Bekenntnis der proletarischen Frauen und Männer zum Sozialismus werden muß.

Luisa Zieg.

Die Zwecklosigkeit der Strafe.

II.

Anarchie bedeutet in wörtlicher Übersetzung einen Zustand, in dem es keine Herrschaft gibt. Es liegt ohne weiteres auf der Hand, daß in diesem wörtlichen Sinne auch wir Sozialdemokraten zu den Anarchisten gehören. Denn auch wir wollen ja einen herrschaftslosen Zustand, auch wir wollen ja jegliche Beherrschung von Menschen durch Menschen beseitigen. Nun hat man sich aber gewöhnt, den Namen „Anarchisten“ für eine ganz bestimmte politische Sekte anzuwenden, zu der wir sonst in Gegnerschaft stehen. Es ist mit diesem Namen gegangen wie mit so vielen anderen: er greift zur Bezeichnung dieser Richtung eine Eigenschaft heraus, die nicht ihre wesentliche ist, weil sie sie nicht von Bestrebungen anderer unterscheidet. Das Wesen des „Anarchismus“ ist zum Teil durch seine Taktik, vor allem aber durch seine Anschauungen auf ökonomischem Gebiet bestimmt, wo er tatsächlich nichts weiter ist als ein konsequent durchgeführter Liberalismus. Aber daß er alle und jede Herrschaft beseitigen will, daraus können wir Sozialdemokraten ihm wahrlich keinen Strick drehen, denn das wollen wir auch. Im Gegenteil, wir werfen ihm gerade vor, daß auf den Wegen, die er einschlägt, dieses Ziel nicht zu erreichen ist. Gleichwohl, der Name hat abgefärbt. Das Wesen der Sache wird fast immer nach dem Namen erklärt. Wenn ein Neuling fragt, was der Anarchismus erstrebe, so wird ihm wohl stets die Herbeiführung eines herrschaftslosen, eines gesetzeslosen Zustandes als dessen eigentliches Programm hingestellt. Wenn daher jemand die Beseitigung der Gesetze als Ziel revolutionärer Bestrebungen bezeichnet, so wird er fast unfehlbar als Anarchist angesehen. Ich zweifle deshalb gar nicht daran, daß nach dem Lesen dieses Aufsatzes viele auch mich für einen Anarchisten halten werden, obgleich ich es nicht gerade als eine Schmeichelei empfinde, mit den anarchistischen Wirkköpfen in einen Topf geworfen zu werden.

Aber das kann alles nichts an der Tatsache ändern, daß der Sozialismus wirklich und wahrhaftig die Beseitigung aller Herrschaft und folglich die Beseitigung aller Gesetze anstrebt. Vielleicht wird man hierauf erwidern: Gesetz ist doch nicht dasselbe wie Herrschaft! Freilich wollen wir, daß kein Mensch eine Herrschaft ausüben soll über andere Menschen, und alle diejenigen Gesetze, die solche Herrschaft schaffen oder sichern, wollen wir natürlich beseitigen. Aber Vorschriften, Regeln für das Zusammenleben der Menschen werden doch immer nötig sein! Also Gesetze, wonach die Volksgenossen sich zu richten haben, werden auch wir erlassen, wenn wir die Macht in Händen haben. Nun, ich ergreife gern jede Gelegenheit zur Einigung und Verständigung, und deshalb will ich mich mit diesem halben Zugeständnis zufrieden geben. Ich teile zwar keineswegs die Ansicht, daß die Menschen durchaus Regeln und Vorschriften nötig haben, um miteinander auszukommen. Im Gegenteil, ich halte das für eine recht subalterne Polizeiansicht. Aber ich habe gar nicht die Absicht, mir den Kopf zu zerbrechen über das, was im „Zukunftstaat“ nötig sein wird. Für mich handelt sich's nur um den Nachweis, daß im Gegenwartstaat wir Sozialdemokraten grundsätzlich gegen die Strafe überhaupt sein müssen. Und dafür reicht jenes halbe Zugeständnis aus. Es wird darin ausgesprochen, daß wir Feind sein müssen all solcher Gesetze, die irgendeine Herrschaft von Menschen über Menschen schaffen oder schützen. Und ich sage nun: das trifft auf die heute bestehenden Gesetze zu! Eine Ausnahme hiervon gibt es: die Arbeiterschutzgesetze. Doch brauche ich wohl kaum

zu sagen, daß auch sie nur eine scheinbare Ausnahme sind. Denn sie wurden im Kampfe gegen die Herrschaft der Ausbeuterklasse errungen, sie sind selbst ein Kampfmittel gegen diese Herrschaft. Sie werden also überflüssig in dem Augenblick, wo jene Herrschaft und mit ihr jene anderen Gesetze aufhören. Prinzipiell müssen wir für sie sein, weil sie gegen den Geist der anderen Gesetze ankämpfen.

Der Geist der Gesetze unserer bürgerlichen Ordnung besteht darin, das Eigentum und die Autorität zu schützen. Man nehme sich nur die Mühe, sie durchzustudieren, und man wird es immer wieder finden: vom kleinsten Zivilgesetz, das irgend eine nebensächliche Frage von mein und dein regelt, bis zu den furchtbaren Hochverratsparagrafen, die zum Beispiel schon den tätlichen Angriff auf den Landesherren, selbst wenn diesem nicht das geringste passiert, mit lebenslanglichem Zuchthaus oder gar mit dem Tode bedrohen, haben sie alle den Zweck, in irgend einer Weise das Eigentum oder die Autorität zu schützen.

Fragt man sich, warum gerade diese beiden als Heiligtümer gelten, so ist die Antwort nicht schwer: weil sie die unerlässlichen Garantien der kapitalistischen Ausbeutung sind. Soll das Geschäft der Mehrwertgewinnung regelrecht vor sich gehen, so ist „Ordnung“ nötig, das heißt stramme Unterordnung der Arbeiter unter die Besitzenden, der Ausgebeuteten unter die Ausbeuter und ihre Hilfsknechte. Und diese zu sichern, dazu sind die Gesetze da. Und daß das private Eigentum Voraussetzung dieser Ausbeutung ist, brauche ich wohl kaum erst zu sagen.

Mit anderen Worten: Wir haben Gesetze überhaupt nur, weil wir eine Klassenherrschaft haben. Die herrschende Klasse hat die Gesetze gemacht, um ihre Herrschaft über die unterdrückte Klasse zu sichern.

Ich glaube, selbst der eingefleischteste Bourgeois wird diese Behauptung nicht bestreiten, wenn ich sie in eine etwas andere Form kleide, wenn ich zum Beispiel sage: Zweck der Gesetze ist, den Bestand des Staates und der Gesellschaft zu sichern. Unter „Gesellschaft“ wäre an und für sich jegliches Zusammenleben der Menschen zu verstehen. Und so meint es der Bourgeois auch. Er glaubt, wenn sich jemand den Gesetzen nicht fügen wollte, so wäre ein Zusammenleben der Menschen überhaupt unmöglich. Dabei verwechselt er jedoch das Zusammenleben an sich mit der Art und Weise des Zusammenlebens, die Gesellschaft selbst mit der Gesellschaftsform. Wenn er sagt: „Der Bestand der Gesellschaft soll gesichert werden,“ so meint er damit den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft. Und dann sind wir einig; genau das meine ich auch: die Gesetze sollen den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft schützen, das ist eben: sie sollen das Ausbeutungsverhältnis, die Klassenherrschaft sichern. Hätten wir keine Klassenherrschaft, so hätten wir keine Gesetze. Diese Zusammenhänge sind schon längst aufgedeckt worden, wie ich durch ein paar Beispiele zeigen will.

Linguet, ein Nationalökonom des achtzehnten Jahrhunderts, den Marx in seinem Buche „Theorien über den Mehrwert“ ausführlich behandelt, legt in seinem Werke über „Die bürgerlichen Gesetze“ dar, daß es das Privateigentum sei, welches zu seinem Schutze die bestehenden politischen und sozialen Einrichtungen geschaffen habe. Er nennt die Gesetze direkt „Schutzmaßnahmen zugunsten der Besitzenden gegen die Besitzlosen“ und schreibt weiter: „So hart es klingt, so ist es doch darum nicht minder gewiß, daß die Gesetze gewissermaßen eine Verschwörung gegen den zahlreichsten Teil des Menschengeschlechts (nämlich gegen die Besitzlosen) darstellen.“ Das Buch ist 1767 erschienen.

Womöglich noch deutlicher drückte sich 1775 Necker aus, der berühmte Finanzminister Ludwigs XVI. Er schrieb wörtlich: „Eine kleine Anzahl von Menschen hat sich in die Erde geteilt und hinterher Gesetze gemacht, um sich gegen die Masse zu einigen und zu schützen, wie man im Walde einen Verhaub zur Verteidigung gegen wilde Tiere errichtet.“

Alles schön und gut, wird man mir vielleicht antworten. Linguet und Necker mögen das gesagt haben. Aber Linguet und Necker waren keine Sozialdemokraten. Was also können ihre Aussprüche für den Sozialismus beweisen? Nehmen wir denn ein paar andere Beispiele. Ich denke wohl, unter Sozial-

demokraten keinem Widerspruch zu begegnen, wenn ich sage: der Sozialismus will die Scheidung der Menschen in Klassen aus der Welt schaffen. Es soll überhaupt keine Klassengesellschaft mehr geben. In seiner Schrift über das „Elend der Philosophie“ erklärt Karl Marx (Originalausgabe von 1896, Seite 243): „Vedingung für die Befreiung der Arbeiterklasse ist die Aufhebung aller Klassen.“ Weshalb dies die unerlässliche Voraussetzung ist, das sagt er wenige Zeilen zuvor mit folgenden Worten: „Eine unterdrückte Klasse ist die Lebensbedingung jeder auf dem Klassengegensatz beruhenden Gesellschaft.“

Das bedeutet also: solange es verschiedene Klassen mit gegensätzlichen Interessen gibt, so lange gibt es auch eine unterdrückte Klasse. Folglich, um alle Klassenunterdrückung aufzuheben, ist es nötig, alle Klassen aufzuheben. Freiheit ist unerreichbar ohne Gleichheit. Und nun fährt Marx fort: „Die Arbeiterklasse wird im Laufe ihrer Entwicklung an Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Gesellschaft ohne Klassen und ohne Klassengegensatz setzen“, und dann heißt es unmittelbar weiter: „Und es wird keine politische Gewalt im eigentlichen Sinne mehr geben, denn die politische Gewalt ist eben nur die offizielle Zusammenfassung des Klassengegensatzes in der bürgerlichen Gesellschaft.“ Genau in demselben Sinne heißt es im kommunistischen Manifest (Ausgabe 1906, Seite 25): „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“

Ich frage nun: Was bedeutet dies alles anders, als daß der Staat, und somit auch die Gesetze des Staates, nur zu dem Zwecke vorhanden sind, die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu sichern? Heißt es doch an einer späteren Stelle des kommunistischen Manifestes (Seite 31) noch deutlicher: „Die Gesetze, die Moral, die Religion sind für den Proletarier ebenso viele bürgerliche Vorurteile, hinter denen sich ebenso viele bürgerliche Interessen verstecken.“

Wenn aber das zutrifft, wenn die Gesetze zum Schutze bürgerlicher Interessen da sind, zum Schutze der Klassenherrschaft — wie kann dann die Sozialdemokratie das Strafen billigen, das doch nur den Zweck hat, diesen Geist der Gesetze zum Ausdruck und zur Wirksamkeit zu bringen? Julian Borchardt.

Die Teuerung.

Für die Lese- und Diskussionsabende.

Von Räte Dunder.

Vorbemerkung. Es wird heute wohl keine Frage geben, die gerade die Frauen lebhafter interessiert, als die Frage der fortschreitenden Verteuerung aller Lebensmittel. Deshalb ist diese Frage gewiß ganz besonders geeignet, zum Gegenstand unserer Lese- und Diskussionsabende gemacht zu werden. Jedoch sollten diese Veranstaltungen, die ja vor allem die tiefere grundsätzliche Schulung unserer Genossinnen bezwecken, nicht bei der Behandlung der staatlichen Wirtschaftspolitik stehen bleiben. Denn so groß auch der Einfluß ist, den die Zollgesetzgebung, die Viehsperre und die indirekten Steuern auf die Lebensmittelpreise ausüben, so darf doch nicht vergessen werden, daß diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Teuerung nicht veranlassen, sondern nur verschärfen haben. Die letzten Ursachen der Teuerung liegen in der Organisation der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. Wenn in dem Leseabend auch diese letzten Ursachen erörtert werden, so führt das zu einer Kritik der kapitalistischen Produktionsweise und bietet Gelegenheit, die Teilnehmerinnen mit den wirtschaftlichen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus bekannt zu machen.

Nun besitzen wir zwar in dem Schriftchen des österreichischen Genossen Bauer eine vortreffliche grundsätzliche Behandlung des Problems der Teuerung.* Es wird aber leider nicht möglich sein, dieses Werk ohne weiteres den Frauenleseabenden

* Die Teuerung. Eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Von Otto Bauer. Wien 1910, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co. Preis 80 Pf.

zugrunde zu legen; erstens weil es für diesen Zweck — nicht seinem Werte nach, wohl aber für den Geldbeutel unserer Frauen — zu teuer ist; zweitens weil es sein Beweismaterial natürlich fast ausschließlich den österreichischen Verhältnissen entnimmt; und endlich, weil es leider fast völlig vergriffen ist.

Deshalb soll im folgenden und einigen weiteren Artikeln versucht werden, unter Anlehnung an den Bauerschen Gedankengang, aber mit Bezugnahme auf „reichsdeutsches“ Tatsachenmaterial den Les- und Diskussionsabend eine Grundlage zur prinzipiellen Behandlung der Teuerungfrage zu schaffen.

Es werden zunächst diejenigen Ursachen der Lebensmittelverteuerung behandelt werden, die in der kapitalistischen Produktionsweise als solcher liegen, die Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion, die Anarchie in der Produktion überhaupt, die Kartelle, Ringe und Trusts, Handel und Spekulation, die Verringerung des Geldwertes. Danach sollen die verteuernden Wirkungen der staatlichen Wirtschaftspolitik zur Besprechung gelangen.

Einführung. Der Kapitalismus hat die Produktivität der menschlichen Arbeit ungeheuer gesteigert. Er hat „ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen“; er hat im Laufe eines Jahrhunderts „massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden gestampfte Bevölkerungen — welches frühere Jahrhundert ahnte, daß solche Produktionskräfte im Schoße der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.“ (Marx-Engels, Das kommunistische Manifest.) Früher beruhte die Produktion meist auf Handarbeit, dadurch war ihre Leistungsfähigkeit sehr beschränkt. Dieß sich einerseits die Anzahl der Hände nicht nach Bedarf vermehren, so ließ sich andererseits auch ihre Kraft nicht beliebig steigern. Heute vervielfältigen zahllose, bis ins einzelne spezialisierte Werkzeugmaschinen den Fleiß und die Geschicklichkeit der menschlichen Hand. Mächtige Kraftmaschinen vertausendfachen die Kraft der menschlichen Muskeln. Das Werkzeug des Menschen hat sich gewissermaßen selbständig gemacht; damit sind der Produktion unbegrenzte Möglichkeiten eröffnet. In welchem Grade die Maschine die Produktivität der Arbeit gesteigert hat, das mögen einige Zahlen aus der letzten Gewerbebeziehung veranschaulichen. 1907 wurden im Deutschen Reiche in der Industrie allein 233360 Betriebe mit motorischer Kraft gezählt. Die Umtriebs- und Kraftmaschinen dieser Betriebe repräsentieren 8008405 Pferdestärken. Nun setzt man 1 mechanische „Pferdestärke“ gleich der Kraft von 3 lebendigen Pferden und 1 Pferdekraft gleich der Kraft von 8 Männern. Die 8 Millionen Pferdestärken in der Industrie repräsentieren also (mit 24 multipliziert) die Arbeitskraft von 192 Millionen erwachsener Personen. Die wirkliche Bevölkerung von Deutschland betrug 1907 — vom Säugling bis zum Greis — ungefähr 62 Millionen. Und dabei sind doch erst die Kraftmaschinen in der Industrie berechnet, noch nicht die arbeitssparenden Werkzeugmaschinen, nicht die zahllosen Maschinen in der Landwirtschaft und im Verkehrswesen.

Diese großartige Entfaltung der Produktivkräfte kommt aber bei der herrschenden Gesellschaftsordnung nicht der Allgemeinheit zugute. Sie hat der Menschheit im Gegenteil furchtbare Opfer gekostet. In einer Gesellschaft, in der Güter für den gemeinsamen Bedarf geschaffen werden, würde die vermehrte Arbeitsproduktivität dazu führen, für alle Mitglieder der Gesellschaft das Leben reicher und die Arbeitslast geringer zu machen. In einer Gesellschaft, in der die Produktionsmittel Privateigentum sind und in der Waren für den Verkauf produziert werden, gestalten sich die Dinge anders. Zwar dient auch hier jede Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Verringerung der Arbeitszeit, die zur

Herstellung eines Gebrauchsgegenstandes notwendig ist. Aber das führt nicht zu einer Verkürzung der Arbeitszeit für den Arbeiter, sondern zu einer Verminderung der Arbeiterzahl. Jede neue Maschine macht menschliche Arbeitskräfte überflüssig, und das Angebot dieser Überflüssigen dient dazu, den Lohn der Arbeitenden herabzudrücken. Dieser Lohn genügt nicht mehr, die Arbeiterfamilie zu erhalten, auch Frauen und Kinder müssen mitverdienen. — Mit der Verringerung der zur Herstellung einer Ware notwendigen Arbeitszeit sinkt der Wert dieser Ware; der Besitzer der fortgeschrittenen Produktionsmittel ist daher imstande, sie billiger zu verkaufen, als es seinen noch technisch rückständigen Konkurrenten möglich ist. Dadurch werden diese entweder gezwungen, sich die bessere Technik auch anzueignen, oder aber sie werden zugrunde gerichtet. So sind noch nicht einmal die billigeren Warenpreise eine Wohltat für alle Glieder der Gesellschaft, sondern sie werden zur mörderischen Waffe, der das städtische Handwerk, die ländliche Hausindustrie erliegen, und der jeder erliegen muß, dem es nicht möglich ist, der rasenden Entwicklung der Produktivkräfte zu folgen, jede neue Erfindung, jede Verbesserung der Maschinenteknik sich nutzbar zu machen. Arbeitslose Arbeiter, ausgebeutete Frauen und Kinder, ruinierte Handwerker und Kleinindustrielle, das sind die Opfer des Siegeszugs der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Das fortwährende Sinken der Warenpreise war das Zeichen, in dem die kapitalistische Produktionsweise anfangs siegte. Das kommunistische Manifest konnte vor 63 Jahren sagen: „Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der die Bourgeoisie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt.“

Dagegen stehen wir heute einer stetigen Steigerung der Preise gegenüber. „Trotz der beispiellosen Entwicklung der Produktivkräfte, trotzdem ein Heer kunstvoller Maschinen der arbeitenden Menschheit dient und den Ertrag ihrer Arbeit hundertfach vermehrt, trotzdem immer neue Umwälzungen in der Industrie die Erzeugungskosten der Waren senken, steigen unablässig die Warenpreise.“

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

I. Die kapitalistischen Ursachen der Teuerung.

1. Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Produktion.*

Nicht auf allen Gebieten der menschlichen Arbeit haben die Produktivkräfte sich in gleicher Weise entwickelt. Gerade die wichtigsten Zweige der Produktion, die Landwirtschaft und die Viehzucht, sind von der technischen Umwälzung am wenigsten ergriffen worden. Die rasche Entwicklung der Industrie und des Verkehrs wesens hat ungeheure Menschenmengen in den Städten zusammengehäuft. Diese Menschenmengen wollen ernährt, die Industrie will mit Rohstoffen versehen werden. Aber Landwirtschaft und Viehzucht, die Produktionszweige, die uns mit Nahrungsmitteln versorgen, mit Getreide, Obst, Gemüse, Fleisch, Milch usw., und die der Industrie wichtige Rohstoffe liefern, Flachsb, Wolle, Häute, Öle, Talg usw., haben mit der industriellen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Zwar hat auch in der Landwirtschaft die Produktivität im Laufe der letzten Jahrzehnte zugenommen. Es betrug der durchschnittliche Jahresertrag eines Hektars:

	Woggen Dopp.-Str.	Weizen Dopp.-Str.	Gerste Dopp.-Str.	Kartoffeln Dopp.-Str.
1878 bis 1887	10,0	13,3	13,1	82,1
1900 „ 1909	16,1	19,5	19,0	134,5

* Benutzte Literatur: Kautsky, Die Agrarfrage. Stuttgart 1899, Verlag von J. F. W. Diez. Gothein, Agrarpolitiches Handbuch. Berlin 1910/11, Verlag von Viehheit & Thiesen. Landwirtschaftliche Betriebsstatistik des Deutschen Reiches vom 12. Juni 1907. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich von 1890 und 1911. — Den Genossen sei noch als Material empfohlen: Bebel, Die Frau und der Sozialismus. 22. Kapitel: Sozialismus und Landwirtschaft. 60. Auflage von 1910. Hofer, Der Bauer als Erzieher. Artikelserie in der „Neuen Zeit“, 27. Jahrgang, 2. Band.

Dafür kam aber auf einen Einwohner des Deutschen Reiches an Anbaufläche für

	Woggen Mtr	Weizen Mtr	Gerste Mtr	Kartoffeln Mtr
1878 . . .	13,48	4,12	3,68	6,24
1909 . . .	9,59	2,86	2,58	5,22

Auch die Entwicklung unseres Viehstandes ist ganz unzureichend. Wenn die Anzahl der Rinder in Deutschland im Laufe der letzten 30 Jahre auch absolut zugenommen hat, so entspricht diese Zunahme doch nicht dem Bevölkerungswachstum. Auf 100 Einwohner kommen:

	1878	1882	1892	1900	1904	1907
Rindvieh überhaupt . .	99	84,6	84,8	83,6	82,3	83
Kühe	21,6	19,8	19,7	18,6	17,8	17,5

bleibt so der Viehzuwachs hinter dem Bevölkerungszuwachs erheblich zurück, so noch viel mehr hinter dem erhöhten Fleischbedarf. Der industrielle Arbeiter braucht mehr Fleischnahrung, überhaupt abwechslungsreichere Kost als der meist in freier Luft tätige Landbewohner. So wächst mit der Zunahme der Industrie der Fleischbedarf schneller als die Bevölkerung; und trotz einer starken Vermehrung der Schweinezucht (von 7 Millionen im Jahre 1873 auf 22 Millionen im Jahre 1907) ist allmählich ein Mißverhältnis eingetreten, das man als Fleischnot bezeichnen muß. „Auf unseren Märkten steigt das Angebot von Fleisch, Milch, Käse und Butter langsamer als der Bedarf. Das ist eine der wichtigsten Ursachen der Teuerung.“

Sollte die jetzige landwirtschaftliche Produktion vielleicht keiner Erweiterung, keiner größeren Ergiebigkeit mehr fähig sein? Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns kurz die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsysteme vor Augen führen.

Die älteste und am weitesten verbreitete landwirtschaftliche Betriebsform war die Dreifelderwirtschaft. Der gesamte zu einem Dorfe gehörige Ackerboden war in drei möglichst gleich große Fluren eingeteilt. Jede Flur zerfiel wieder nach Lage und Bodengüte in verschiedene Gewanne oder Kämpfe, und in jedem Gewann besaß jede Hofstätte ihr Ackerlos. Von den drei Fluren lag in jährlichem Wechsel immer eine brach, die zweite ward mit Sommerkorn, die dritte mit Winterkorn bebaut. Außerdem besaß jedes Dorf gewöhnlich noch unverteilten Boden, Allmende, in Gestalt von Wald und Weide. Außer der Allmende ward aber auch das Brachfeld und die abgerentete Getreideflur von der Gemeinde als gemeinsame Viehweide benutzt. Das setzte voraus, daß Flurzwang herrschte, das heißt daß die ländlichen Grundbesitzer innerhalb einer Flur ihre Äcker alle zu gleicher Zeit und mit derselben Frucht bebauen mußten. Der Flurzwang ward außerdem aber auch durch die Gemenglage bedingt, das heißt dadurch, daß, wie schon erwähnt, die Ackerstücke eines Besitzers kein zusammenhängendes Ganzes bildeten, sondern über die ganze Flur verstreut waren. Solange die Naturalwirtschaft herrschte, genügte das Dreifeldersystem sich selbst: es produzierte in stetem Stoffkreislauf selbst das Vieh und den Dünger, die zur Bestellung und Ernährung des Bodens notwendig waren.

Mit dem Aufkommen des städtischen Handwerkes und damit der Geldwirtschaft geriet diese landwirtschaftliche Betriebsform ins Wanken. In dem Maße, als es möglich wurde, die Erzeugnisse des Bodens zu Geld zu machen, erwachte der Bodenhunger bei der damaligen herrschenden Klasse, dem Feudaladel. Die Grundherren machten den Bauern ihr altes Anrecht auf die Allmenden streitig; sie erkärten das Gemeindeland als ihren Privatbesitz und verwandelten es in Schafweide oder in Forst- und Jagdgebiet. Damit ward der bäuerlichen Viehzucht ihre wichtigste Grundlage entzogen. Durch die Verminderung des Viehstandes litt aber auch der Getreidebau; denn je weniger Vieh, desto weniger Dünger, desto weniger Kräfte zur Feldbestellung. Zu einer höheren Betriebsform überzugehen, etwa Futterpflanzen anzubauen und das Vieh im Stall zu füttern, statt es auf die Weide zu führen, das war bei dem Dreifelder-

system unmöglich — Gemenglage und Flurzwang schlossen jede Neuerung aus und wurden so allmählich zu einer unerträglichen Fessel. Trotzdem hielten gerade die kleinen Bauern zäh an der alten Betriebsform fest.

Erst die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und die politischen Umwälzungen, die sie mit sich brachte, gaben dem Dreifeldersystem mit seiner Beschränkung der freien Verfügung über den Boden den Rest. Für den kapitalistischen Hunger nach Rohstoffen der verschiedensten Art und nach billigen Lebensmitteln für die Arbeiterheere war die Herstellung des vollen Privateigentums an Grund und Boden Bedingung; und diesem Privateigentum mußten Flurzwang und Gemeineigen weichen.

Dem Grundbesitzer war es nun möglich, durch Übergang zur Stallfütterung seinen Viehstand zu vergrößern und dadurch sowohl dem Bedürfnis seines Aekers nach vermehrter Düngerezufuhr als auch dem größeren Fleischbedarf entgegenzukommen. Neben Futterpflanzen konnte er die verschiedensten Handelspflanzen anbauen, je nach Bedarf des Marktes. Dabei stellte sich heraus, daß nicht alle Pflanzen den Boden in derselben Weise ausfaugen, ja, daß einige, so Klee und Hülsenfrüchte, ihn unter gewissen Bedingungen sogar verbessern, so daß man durch geeignete Aufeinanderfolge verschiedener Fruchtarten den Ertrag des Bodens bedeutend steigern konnte. Man gelangte zur sogenannten Fruchtwechselwirtschaft.

Aber damit war man noch lange nicht an der Grenze der landwirtschaftlichen Produktivität angelangt. „Die moderne Wissenschaft gibt uns eine Fülle von Mitteln, den Bodenertrag zu steigern. Sie lehrt uns, welche Nährstoffe die Pflanze dem Boden entzieht; wir wissen daher, welche Nährstoffe wir dem Boden wieder zuführen müssen, damit er auch in späteren Zeiten reiche Frucht trage. Die Kunst des Düngens ist zur Wissenschaft geworden. An die Stelle der alten Dreifelderwirtschaft tritt die auf die Lehren der Agrarkulturchemie gestützte planmäßige Fruchtfolge. Die Wissenschaft lehrt uns die planmäßige Züchtung des Saatkornes und der Viehrassen, die richtige Fütterung des Viehes je nach dem Zwecke, dem es bestimmt ist. Die Wissenschaft stellt auch der Landwirtschaft kunstvolle Maschinen, verbesserte Geräte bereit. Sie stellt die Tierhygiene und die Tiermedizin in den Dienst der Viehzucht“ (Wauer).

Die Einführung der Maschine in die Landwirtschaft allein kann den Bodenertrag schon außerordentlich steigern. Mit Hilfe des Dampfes kann man viel tiefer pflügen als mit dem Gespannpflug. Die Säe- und Drillmaschinen säen weit regelmäßiger und sparsamer, als es die menschliche Hand vermag. Die Erntemaschinen ermöglichen es durch die Schnelligkeit ihrer Leistungen, die Erntearbeiten in wenigen Tagen zu erledigen, wovon der ganze Ernteertrag abhängt, usw.

Trotz aller dieser Vorteile macht die Anwendung von Maschinen in der Landwirtschaft nur langsame Fortschritte. Von den 5 736 082 landwirtschaftlichen Betrieben, die 1907 gezählt wurden, haben nur 1 497 975, das sind 26,1 Prozent, Maschinen benutzt. Der hauptsächlich Grund dafür liegt in der Bodenverteilung, die bei uns herrscht: ungeheurem Großgrundbesitz steht eine heillose Zersplitterung in leistungsunfähige Zwergbetriebe gegenüber. Ein Vergleich der Anteile, die die verschiedenen Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe an der landwirtschaftlich benutzten Gesamtfläche haben, wird das beleuchten.

Betriebsgröße	In Prozent der Gesamtzahl der Betriebe	In Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche
unter 2 Hektar	58,9	5,4
von 2 bis 5 „	17,5	10,4
• 5 „ 20 „	18,6	32,7
• 20 „ 100 „	4,6	29,3
über 100 „	0,4	22,2

Beinahe drei Fünftel aller bäuerlichen Besitzer verfügen zusammen über ein Zwanzigstel der Ackerfläche! Die Armut dieser Bauern macht es ihnen unmöglich, Maschinen zu verwenden, die sich ja auch auf ihrem kleinen Stückchen Boden gar nicht rentieren würden.

Es haben landwirtschaftliche Maschinen verwendet von den Betrieben

unter 2 Hektar	8,9 Prozent
von 2 bis 5 "	32,3 "
" 5 " 20 "	72,5 "
" 20 " 100 "	92,8 "
über 100 "	97,4 "

Aber nicht nur in bezug auf die Maschinenverwendung ist der Kleinbetrieb minder leistungsfähig als der große. Er hat im Verhältnis zu seinem Boden größere Unkosten für Gebäude und Gerätschaften; er muß Futter, Dünger, Saat Korn im kleinen, also teurer einkaufen; von Fruchtwechsel kann bei ihm kaum die Rede sein usw.

Daß der Großgrundbesitz wirklich eine größere Produktivität erreicht als der Kleinbesitz, das beweist ein Vergleich von Mecklenburg-Schwerin, wo der Großgrundbesitz fast 60 Prozent der Betriebe ausmacht, mit dem Kleinbäuerlichen Württemberg, wo der Anteil der Großbetriebe nur 1,7 Prozent beträgt. Vom Hektar wurden geerntet im Jahresdurchschnitt des Jahrzehnts von 1900 bis 1909:

	Roggen Dopp.-Str.	Weizen Dopp.-Str.	Kartoffeln Dopp.-Str.
In Mecklenburg	17,4	22,8	140,1
" Württemberg	14,3	15,9	116,5

Zu der Armut des Kleinbauern tritt aber auch noch seine Unwissenheit. Von den meisten Fortschritten auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion hat er noch nicht einmal etwas gehört; er düngt und bebaut sein Stückchen Ackerland, wie er es von seinem Vater gelernt hat.

Ein weiterer Grund, der auch kapitalkräftigere Landwirte abhält, durch Maschinenanwendung zu einer höheren Wirtschaftsform überzugehen, sind die überaus niedrigen Löhne der Landarbeiter. Warum soll man eiserne Sklaven einstellen, solange die von Fleisch und Blut noch weit billiger sind?

Ja, treibt denn nicht schon die Konkurrenz die Landwirte zur Anwendung der modernen Wissenschaft und Technik? In der Industrie wird doch der Kleinbetrieb durch den technisch überlegeneren Großbetrieb zugrunde gerichtet. Das ist gewiß ein sehr schmerzvoller Prozeß; aber das Ergebnis dieses Konkurrenzkampfes ist die Weiterentwicklung der Produktivkräfte, die Verminderung der Produktionskosten und damit das Sinken der Preise. Warum vollzieht sich dieser Prozeß nicht auch in der Landwirtschaft?

Der industrielle Großbetrieb ist jederzeit in der Lage, seine Produktion so auszudehnen, daß seine billige Ware den Markt beherrscht und damit den Preis bestimmt. Das kann der landwirtschaftliche Großbetrieb nicht. Seine wichtigste Produktionsbedingung, der Grund und Boden, ist nicht beliebig vermehrbar, dadurch sind seiner Ausdehnung Grenzen gezogen. Er kann den Kleinbetrieb nicht niederkonkurrieren. Andererseits ist der Bedarf nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen sehr groß; Zollschranken halten die ausländische Konkurrenz fern; die Erzeugnisse des letzten Kleinbauern sind der Gesellschaft noch notwendig. „Übersteigt aber die Nachfrage das Angebot, so bestimmen die unter den schlechtesten Bedingungen produzierenden Unternehmungen den Marktpreis.“ (Hilferding, Finanzkapital.) Da also in der Landwirtschaft der Konkurrenzkampf bis zu einem gewissen Grade ausgeschaltet ist — der einzige Ansporn für den technischen Fortschritt, den der Kapitalismus kennt —, bleibt hier die Produktion auf einer Entwicklungsstufe stehen, die gegenüber den Möglichkeiten, die die moderne Wissenschaft und Technik eröffnet hat, sehr rückständig genannt werden muß. „Darum können unsere Landwirte Getreide, Gemüse,

Vieh, Fleisch und Milch nur mit sehr hohen Produktionskosten erzeugen, während die Erzeugungskosten in der Industrie stetig und schnell gesunken sind.“ (Bauer.)

Gewiß könnte auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung schon mancherlei zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Betriebsweise geschehen. Durch Verbesserung der Volksschulen und Einrichtung landwirtschaftlicher Fortbildungsschulen könnten die Bauern geistig auf eine höhere Stufe gehoben und mit den technischen Fortschritten bekannt gemacht werden. Landwirtschaftliche Genossenschaften können durch Gewährung billigen Kredits dem kleinen Landwirt die Anschaffung besserer Betriebsmittel ermöglichen oder ihm Maschinen leihweise zur Verfügung stellen; sie können den Einkauf von Futter, Kunstdünger und Saatgetreide im großen und daher zu billigeren Preisen bewerkstelligen; sie können dem Bauern seine Produkte abnehmen und rationell verarbeiten, wie zum Beispiel die Volkereigenenschaften. Auch die fortschreitende Organisation der Landarbeiter und die durch sie bezweckte Steigerung der ländlichen Arbeiterlöhne wird für die Landwirte ein Ansporn sein zur Anwendung technischer Errungenschaften.

In letzter Linie jedoch wird das Privateigentum an Grund und Boden immer das Haupthindernis für eine rationelle Lebensmittelversorgung bleiben. „Will die Gesellschaft ihre Mitglieder ernähren, dann kann sie unsere Versorgung mit Lebensmitteln nicht armen Bauern und hochmütigen Großgrundbesitzern überlassen. Sie muß den Boden, den die Grundherrenklasse dem Volke vorenthält, dem Volke wiedergeben; sie muß die Bodenbebauer zur Bewertung der Errungenschaften der Wissenschaft erziehen und anhalten; sie muß ihnen die Mittel zur Entfesselung der brachliegenden Bodenkräfte geben; sie muß sie zu planmäßiger gesellschaftlicher Arbeit vereinigen. Unsere Versorgung mit Lebensmitteln von der Einsicht, der wirtschaftlichen Kraft, der Profitgier der einzelnen unabhängig zu machen, sie der organisierten Gesellschaft selbst zur wichtigsten ihrer Aufgaben zu setzen, die Entfaltung der zeugenden Kräfte des Bodens und der Arbeit von den Schranken der Armut, der Unwissenheit, der Selbstsucht zu befreien, das ist das letzte Ziel des Sozialismus.“ (Bauer.)

Aus der Geschichte der menschlichen Unwissenheit.

Von B. Sommer.

III.

Das Wesen der Kezerei.

Gegen diese ganze Wirtschaft, die wir nicht im einzelnen ausmalen können, richtete sich schon seit den frühesten Zeiten der größte Teil der Kezereien. Man kann sie ihrem Inhalte nach in dogmatische, rationalistische und antikerikale einteilen.

Die dogmatischen Kezereien treten besonders in den ersten Jahrhunderten in den Vordergrund, als das Christentum sich noch „klärte“ und festigte. Sie sind keineswegs nur ideologisches Pfaffengezänke von rein geistigem oder theoretischem Gehalt, sie müssen vor allem als Kämpfe von Priesterfraktionen und ihrer Anhängererschaft angesehen werden, die zur Herrschaft kommen wollten. Solche Priesterfraktionen mit ihrer Fehlschiffung entsprachen den politischen Parteien unserer Tage. Der Deutweise der Zeit gemäß kämpften sie ihre Interessen unter religiösen Formen aus. Die Religion war die gegebene Ideologie. Wie heute alle bürgerlichen Parteien „das Wohl des Volkes“ vertreten, so wollten damals alle priesterlichen Richtungen „das Heil der Seele“ retten. — Welche ökonomischen und politischen Interessen im einzelnen hinter den Setzen stecken, ist heute nur noch in wenigen Fällen zu ersehen; daß aber solche Interessen dahinter standen, geht daraus hervor, daß in den Streitfragen fast stets das rückständige, das konservative

Prinzip siegte. Was bestand, was herrschte, hatte die materielle Macht hinter sich.

Während in den dogmatischen Streitereien eine Meinung gegen die andere ausgespielt und zu Sieg oder Niederlage gebracht wurde, bäumte in den rationalistischen Ketzereien die menschliche Vernunft sich gegen gewisse kirchliche Behauptungen auf naturwissenschaftlichem Gebiet auf. Man müßte ja am Menschentum verzweifeln, wenn es nicht immer vernünftige Leute gegeben haben sollte, die den logischen Widerspruch der kirchlichen Lehren eingesehen hätten. Doch nur unter ausnahmsweisen und günstigen Umständen konnten sich solche Leute Geltung oder nur einiges Gehör verschaffen. Es ging ihnen wie den späteren ersten Verkündigern des Sozialismus, die mit Hohn, Haß und staatlichen Verfolgungen überschüttet wurden. So haben die alten und richtigen Auffassungen von der Kugelgestalt der Erde, von der Unendlichkeit der Welt, die Zeugung der Götter und der Unsterblichkeit der Seele, also des ganzen alten Geister- und Gespensterglaubens, während des ganzen Mittelalters ihre Anhänger gehabt. Wenn auch nur mit Vorsicht, so sind diese Auffassungen doch oft genug ausgesprochen worden. Die Unvorsichtigen oder Kampfesmutigen traf aber mit Zielsicherheit der Knüttel der Kirche. Diese sorgte im Bunde mit den herrschenden Klassen dafür, daß die Menschen damals sich auch nicht in den Schranken der naturwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Erkenntnis vom Dogma der Kirche emanzipierten, innerhalb deren das möglich gewesen wäre.

Wirklich gefährlich für die Kirche waren nur die anti-klerikalen Häresien — Anschauungen, die sich gegen die Monopole und Machtmittel der Priesterschaft auflehnten, also direkt ökonomischen Inhalt hatten. Der Kampf gegen Bilder- und Reliquienverehrung, gegen die Heiligenanbetung und den Wunderfülesanz mag erst rein dogmatisch gewesen sein. Schließlich aber wandte man sich in den vorgeschrittenen Gegenden doch auch aus anderen Gründen dagegen, besonders war dies in den Städten seit dem zehnten und elften Jahrhundert der Fall. Man war dort dahinter gekommen, in welchem starkem Maße der Glaube an alle diese Dinge, der echt heidnisch und negerhaft ist, von den Priestern im Geldinteresse, im Interesse der Kirchenmacht ausgenützt werde. Widerspruch gegen das klerikale Unwesen wurde auch von Leuten erhoben, die die lateinische Bibel lesen konnten — Übersetzungen in diese Sprache gab es natürlich schon sehr früh. Sie fanden, daß in der Bibel nichts stand von der Anbetung aller jener Dinge und Wesen — Reliquien, Heilige, Engel, Jungfrau usw. —, die die Priester forderten, ebensowenig von den großen Vorrechten, die die Geistlichen besaßen und sich anmaßten. Um die „reine Lehre“ unter die Laien zu bringen, wurden schon in den bezeichneten Jahrhunderten Teile der Bibel, besonders aber das Neue Testament in die Volkssprache übersetzt. Die Kirche eiferte natürlich gegen dieses Tun ebenso stark wie gegen die Ketzereien selbst. Schon 1080 verbot Papst Gregor VII. den Gebrauch einer slawischen Bibelübersetzung in Böhmen, und im zwölften und dreizehnten Jahrhundert folgten noch viele andere Verbote seitens der Konzilien, besonders Verbote südfranzösischer Übertragungen.

Der Kirchenvater Augustin hatte eine Lehre vertreten, von der nichts in der Bibel steht, nämlich, daß das Schicksal aller Menschen von Gott vorher bestimmt sei (Prädestination und Gnadenwahl). Diese Lehre wurde schon 849 verlegt, denn sie beeinträchtigte die seit dieser Zeit stark hervortretende Lehre vom Recht und der Macht des Priesters, zu binden und zu lösen. Insbesondere untergrub sie den Glauben an die priesterliche Herrschaft über die Seelen im Fegfeuer, ein Glaube, welcher der Kirche sehr viel Geld einbrachte. Gerade deshalb gingen die meisten Sektierer auf diese alte Augustinische Lehre zurück (auch Luther tat dies bekanntlich), und sie wurde noch lange auch von vielen Priestern als die allein richtige anerkannt. Die stärkste Opposition aus dem Laienstand richtete sich gegen ein weiteres Hauptmittel der Priestermacht: das vom Priester bewirkte Wunder beim Abendmahl, die Verwandlung von Brot und Wein in wirkliches Fleisch und Blut Jesu. Wenn Feuerbach sagt: Nicht Gott habe die Menschen,

der Mensch habe vielmehr Gott gemacht, so ist das eine uralte Erkenntnis. Merkwürdig ist nur, daß dagegen Opposition gemacht werden konnte, da doch das Dogma der katholischen Kirche nichts anderes sagt. Der Priester ist höher als Gott, er kann durch sein Wort bei der Messe Gott machen. Noch 1895 schrieb ein populäres katholisches Sonntagsblatt: „Sehet die Macht des Priesters! Das Wort des Priesters macht aus einem Stück Brot einen Gott! Das ist mehr als die Welt erschaffen!“ Infolge des Geschreies, das sich damals in der protestantischen Welt über diese Äußerung erhob, ist man jetzt im katholischen Lager etwas vorsichtiger geworden, obwohl man den Lutheranern mindestens entgegen konnte, daß sie ja ganz dasselbe glauben, wie sich später zeigen wird.

Nach dem obigen Grundsatz hat der Geistliche Gewalt über alle Mächte des Himmels und alle Menschen der Erde erlangt. Er ist nicht mehr der Mittelmann, er ist der Herr Gottes: wenn er ihn nicht macht, so existiert er nicht. Der Geistliche ist auch Herr des Menschen: wenn er nicht durch Darreichung seines Gottes die Sünden vergibt, der bleibt unerlöst. Wenn man sich gegen die Lehre von der Transsubstantiation wendete, so empörte man sich gegen jene Priestermacht, die nach dem Glauben der Zeit die Menschheit von der Seligkeit abschneidete, wenn sie aus irgend einem Grunde die Kirchen einer Gegend schloß — und das tat sie nicht selten. Die Opposition gegen diese schrankenlose Macht ist schon sehr alt. Sie entstand, seit die christliche Kirche alle Konkurrenz ausgerottet hatte, machte sich natürlich aber erst geltend, als auch den Ketzern einige Machtmittel in den ökonomischen Zuständen zur Verfügung standen.

Eine Schrift für die Proletarierin.

Wie rege unsere Genossinnen die Verarbeitung unter dem weiblichen Proletariat betreiben, zeigen die steigenden Zahlen der politisch organisierten Frauen. Aber trotz alledem stehen noch immer zahlreiche schwer ausgebeutete Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen unserer weltbefreienden Bewegung indifferent oder gar ablehnend gegenüber. Unablässig und viel muß gearbeitet werden, um sie aus ihrem Schlafe zu rütteln. Auch bei dieser Arbeit finden wir unseren treuesten Bundesgenossen an den Verhältnissen, unter denen das Proletariat in dieser besten aller Welten lebt. Der auf der Arbeiterklasse lastende Druck, der unleugbar die Tendenz zu einer ständigen Verschärfung zeigt, muß die Unzufriedenheit auch der Bedrücktesten und Stumpfsinnigsten erzeugen. Darum ist die sozialdemokratische Werbelätigkeit am aussichtsreichsten, wenn sie bei der aufkeimenden Unzufriedenheit ansetzt und sich bemüht, die wahren Gründe jener Verhältnisse aufzudecken, unter denen die Massen leiden. Das dunkle Gefühl der Grollenden, daß etwas nicht in Ordnung ist, muß sich dann in das klare Bewußtsein ihrer Klassenlage verwandeln. Nun ist nichts so geeignet, den Zorn der Ausgebeuteten zu erregen, wie die Teuerung des gesamten Lebensbedarfs, die in den letzten Jahren ständig zugenommen hat und jetzt, angesichts des nahenden Winters, einem Notstand schlimmster Art entgegenstrebt. Und niemand wiederum empfindet das steigende Mißverhältnis zwischen Arbeitslohn und Warenpreisen schmerzlicher als die Arbeiterin, die Arbeiterfrau. Wohl hat sich die Summe, die sie zur Bestreitung des Lebensbedarfs verwenden kann, um ein Geringes erhöht, aber diese geringe Aufbesserung ist meist mehr als wettgemacht durch die gestiegenen Preise der Lebensmittel, Kleidung, Miete usw. Die Teuerungsspreise der Gegenwart mit ihren schweren Folgen für das Leben der einzelnen Arbeiterin und der Arbeiterfamilie machen für unsere Aufklärung Zehntausende von proletarischen Frauen empfänglich, die früher taube Ohren für unsere Worte hatten. Diese Situation gilt es sowohl beim Reichstagswahlkampf durch die Agitation wie bei der Schulungsarbeit durch die Lesende usw. zu nützen. Eine treffliche Hilfe dabei wird unseren Genossinnen durch das Büchlein des österreichischen Genossen Otto Bauer über „Die Teuerung“.*

* Otto Bauer, Die Teuerung. Eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. Wien 1910, 99 Seiten Oktav. 80 Pf.

Das kleine Werk begnügt sich nicht damit, die politischen Ursachen der Teuerung — Zölle und indirekte Steuern — festzustellen, es geht über die Kritik der „verkehrten“ Wirtschaftspolitik und der Junkerhabgier hinaus. Seine Bedeutung besteht darin, daß es in die Tiefe des Gegenstandes eindringt und die Ursachen der Teuerung an den Wurzeln zu erfassen sucht. Ohne Umschweife schreibt Bauer — gleich im ersten Abschnitt — die Schuld an der Steigerung aller Warenpreise dem Widerstand der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst zu. Diese hat in den letzten Jahrzehnten den Erdball erobert. Über alle Weltteile hat sich die großkapitalistische Industrie ausgebreitet, überall Fabriken aus dem Boden stampfend und unübersehbare Arbeiterarmeen schaffend. Das Umsichgreifen des Kapitalismus hat eine bedeutende Steigerung des Bedarfs an Lebensmitteln aller Art wie auch an landwirtschaftlichen und industriellen Rohmaterialien im Gefolge. Ganz besonders traf das für den letzten großen wirtschaftlichen Aufschwung zu, der fast ohne Unterbrechung von der Mitte der neunziger Jahre bis zum Jahre 1906 gewährt hat. Die Landwirtschaft und der Bergbau, denen die Beschaffung der Rohstoffe für alle Industriezweige obliegt, sind aber nicht in der Lage, ihre Produktion in demselben Tempo auszudehnen, wie der Bedarf, besonders an Nahrungs- und Bekleidungsmitteln zunimmt. Der Kapitalismus erzeugt also auf der einen Seite gesteigerten Bedarf, ohne auf der anderen Seite für seine Befriedigung zu sorgen. Die Folge ist ein Steigen der Preise aller Produkte. Welchen Anteil an den aufgezeigten Erscheinungen die Rückständigkeit des landwirtschaftlichen Betriebs hat, die Folge des bäuerlichen Kleinbesitzes, das tritt scharf hervor. Ebenso auch der Zusammenhang, der zwischen ihnen und den Wirtschaftskrisen besteht. So ist der erste Abschnitt der Schrift nicht nur eine tiefdringende Erläuterung der Teuerungursachen, sondern eine Kritik der ganzen kapitalistischen Profitanarchie.

Genosse Bauer gibt außerdem eine gute Einführung in das Wesen und Treiben der Kartelle und eine Schilderung ihres Einflusses auf die Warenpreise. Ein Kapitel über Handel und Spekulation erklärt die Wirkung dieser Faktoren auf die Preisbildung, selbstverständlich nicht, ohne daß es helles Licht auf ihr Wesen und ihre Bedeutung wirft. Die Ausführungen über das Geld weisen nach, daß die Gewinnungskosten des Goldes, besonders im Goldgebiet Südafrikas, gesunken sind, was gleichbedeutend ist mit einem Sinken des Geldwertes. Der gleichbleibende Lohn hat heute nicht mehr den gleichen tatsächlichen Wert wie früher. Die einzelne Mark stellt „weniger gesellschaftliche Arbeitszeit dar und hat daher auch eine geringere Kaufkraft als vordem“. So lernen wir auch in diesem Kapitel die Teuerung von einer ganz neuen Seite betrachten.

Außerst interessant ist der Ausblick, mit dem der erste Abschnitt schließt. Die zunehmende Teuerung aller Produkte muß dem Kapitalismus und seinen Nutznießern selbst unbequem werden: sie zeitigt unvermeidlich, mit Naturnotwendigkeit höhere Lohnforderungen der Arbeiter. Die Organisationen und Sachwalter der besitzenden Klassen, die modernen Staaten und ihre Regierungen, müssen also bemüht sein, die Teuerung zu mildern. Billige Nahrungsmittel und Rohstoffe zu beschaffen ist also ihre Aufgabe. Die soll gelöst werden durch die Erschließung von Länderkomplexen mit urwüchsiger Kultur, also durch die Kolonialpolitik. Dabei geraten jedoch die Interessen der Bourgeoisie der verschiedenen Nationen in Gegensatz zueinander, die Kriegsgefahr entsteht, und das Wettrennen beginnt mit seinen Milliardenausgaben, die durch Zölle und indirekte Steuern gedeckt werden. Das Übel, dem gewehrt werden sollte, wird also verschärft, der Widerstand der Ausgebeuteten muß in der Folge wachsen. Der Kapitalismus sucht seine Existenzbedingungen zu erhalten und — gräbt dabei sein Grab, an seinen Widersprüchen geht er zugrunde.

Der zweite Abschnitt des Büchleins behandelt „Das Eingreifen des Staates in die Preisbestimmung“. Zölle aller Art, Seuchenschutzgesetzgebung und Handelsverträge passieren Revue und werden auf Herz und Nieren geprüft. Die Untersuchungen ergeben stets, daß das Interesse des Kapitals überall im Wider-

spruch steht mit dem Interesse der Gesamtheit, daß die kapitalistische Produktionsweise in ihrer neuesten Entwicklungsphase, die charakterisiert wird durch das Kartell- und Schutzollwesen, ein Hindernis für den wirtschaftlichen Fortschritt geworden ist. Die Kapitel auch dieses Abschnitts belehren trefflich über die einzelnen behandelten Gegenstände.

Den Schluß der Schrift bildet ein Abschnitt über „Die Arbeiterklasse und die Teuerung“. Er enthält den Nachweis, daß die steigenden Arbeitslöhne keineswegs — wie unsere Gegner behaupten — der Grund für die Teuerung sind. Aus den verschiedensten Ursachen, die alle in ihren Zusammenhängen eingehend dargestellt werden, können wohl erhöhte Arbeitslöhne vorübergehende Preisverschiebungen bewirken, niemals aber dauernde Preissteigerungen auf der ganzen Linie. Die Gedankengänge Bauers im einzelnen wiederzugeben, ist im Rahmen eines kurzen Artikels unmöglich; wer sie verfolgen will, muß die kleine Schrift selbst studieren. Und zu diesem Studium möchten wir den Genossinnen dringend raten. Die Bauersche Schrift gehört zu den Werken, die bei den Zusammenkünften der Frauen gelesen und diskutiert werden sollten.

Das Werkchen klingt aus in die Aufforderung zum Kampf gegen die Teuerung. Diefem Zwecke können die Konsumvereine dienen; sie schalten den verteuerten Zwischenhandel aus und beeinflussen die Preisbildung durch die Konkurrenz, die sie den Händlern machen. Auch in der Stärkung der Gewerkschaften müssen wir angesichts der Teuerung unermüdetlich sein, damit eine Erhöhung der Löhne erkämpft werden kann, die der Steigerung der Warenpreise entspricht. Ferner — und nicht zuletzt — ist die Kräftigung unserer Partei zum Kampf gegen Schutzölle, indirekte Steuern und Liebesgaben vonnöten. Das Wirken nach allen drei Richtungen vermag die Lage der Arbeiterklasse zu heben, die Folgen der Teuerung zu mildern, es ist aber außerstande, sie völlig zu beseitigen. Die Teuerung wird auf der Stufe der Entwicklung, die der Kapitalismus erreicht hat, eine ständige Erscheinung sein. Da sie ihre Urwurzeln in der kapitalistischen Profitanarchie selbst hat, muß der Kampf gegen die Teuerung letzten Endes ein Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise überhaupt sein. Der Kampf gegen die Teuerung fällt zusammen mit dem Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse, um die Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitals, des Privateigentums. Für diesen Kampf Streiterinnen werben und erziehen, ist unsere Aufgabe. Und dabei wird uns Bauers Schrift eine treffliche Helferin sein.

R. S., Berlin.

Die vierte österreichische Frauenkonferenz.

I. K. Sechzig Delegierte aus ganz Österreich waren am 28. und 29. Oktober in Innsbruck zur Frauenkonferenz versammelt. Zum erstenmal nahmen auch Genossen als Delegierte an unserer Tagung teil: die Vertreter von drei Bezirken, wo eine Genossin nicht hatte delegiert werden können, und die Landessekretäre von Böhmen und Steiermark. Auch die Parteileitung sowie die sozialdemokratischen Abgeordneten waren vertreten. Überhaupt haben die Parteigenossen ein großes Interesse an der Frauenkonferenz bekundet, was wohl mit dem Wachstum der Frauenorganisation zusammenhängt. Ist doch die Zahl der weiblichen Parteimitglieder von 7000 im Jahre 1907 auf 18000 gestiegen. Die „Arbeiterinnenzeitung“ hat eine Auflage von 25000 erreicht gegen 16000 beim letzten Parteitag. Der Bericht, den Genossin Probst erstattete, erweckte allgemeine Befriedigung sowohl bei der Frauenkonferenz als auch bei den Delegierten des Parteitags.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen der Konferenz stand die Diskussion darüber, in welcher Weise die Frauen nach der Beseitigung der vereinsgesetzlichen Hindernisse den Parteivereinen zugeführt werden sollen. Es mag etwas merkwürdig aussehen, daß die Genossinnen eine Frage diskutieren, die noch gar nicht aktuell zu sein scheint. Wohl hat die Regierung dem neugewählten Parlament einen Entwurf zur Änderung des Vereinsgesetzes vorgelegt. In dieser Regierungsvorlage fehlt der § 30, der Frauen von politischen Vereinen ausschließt, aber gleichzeitig sind Bestimmungen in ihr enthalten, die für unsere Partei unannehmbar sind. Außerdem leidet die Arbeitsfähigkeit des Parlaments unter stetigen Regierungskrisen, die Regierung hat keine

Majorität und die parlamentarische Arbeit flocht. Da müssen sich leider auch die Genossinnen bescheiden und länger auf die Beratung der Novelle zum Vereinsgesetz warten, als sie gedacht hatten. Wenn die Innsbrucker Frauenkonferenz dennoch beriet, was zu geschehen habe, wenn der § 80 beseitigt sein wird, so deshalb, damit dann nicht sofort wieder eine Frauenkonferenz einberufen werden muß. Die Resolution, die das Frauenreichs-Komitee vorlegte, geht dahin, daß sich die Frauen den politischen Vereinen anschließen sollen, wenn ihnen das Gesetz dies nicht mehr verwehrt. Der weiblichen Parteimitgliedschaft soll aber das Recht zustehen, ein Komitee zu bilden, das mit Zustimmung des Vorstandes die Agitation unter den Frauen zu leiten hat. In den Vorständen ist den Genossinnen nach der Stärke ihrer Mitgliederzahl eine Vertretung einzuräumen. Die bisher bestehenden Komitees der Landesorganisationen und das Frauenreichs-Komitee sollen bestehen bleiben, bis endgültig darüber entschieden wird auf dem Parteitag, welcher auf die Aufhebung des § 80 folgen wird. Auch die Beibehaltung des Obligatoriums für die Arbeiterinnenzeitung wurde als Wunsch der Genossinnen ausgesprochen. Auf der Konferenz wurde lange und oft leidenschaftlich darüber debattiert, ob die Genossinnen nach dem Anschluß an die gemeinsame Organisation auf jede eigene Kassengebarung verzichten sollen oder ob sie selbständig über die materiellen Bedürfnisse ihrer Agitation entscheiden können. Die überwiegende Mehrheit der Genossinnen und auch der Genossen, die zu Worte kamen, sprach sich für die finanzielle Selbständigkeit aus. Die Genossinnen befürchten, daß die Parteigenossen den speziellen Notwendigkeiten der Frauenagitation nicht immer Rechnung tragen werden. Genossin Hiez, die von der Konferenz aufs freudigste als Vertreterin der deutschen Sozialdemokratie begrüßt worden war, ergriff in dieser Debatte das Wort. Auf Grund ihrer Erfahrungen in Deutschland sprach sie sich rückhaltlos für die vollständige Gemeinamkeit der Organisation und Kassenführung aus. Es wurde ein Antrag der Genossin Freundlich angenommen, durch Agitation die Genossinnen über den Wert der gemeinsamen Organisation aufzuklären. Dieser Antrag und die oben erwähnte Resolution wurden einstimmig angenommen. Die Resolution ward dem Parteitag zur Kenntnis übermittelt. Er überwies sie dem Parteivorstand und dem Frauenreichs-Komitee zur Berichterstattung an den nächsten Parteitag.

Der Konferenz wurde auch ein Referat über die Bedeutung des Kommunalwahlrechts für die Frauen erstattet. Leider blieb nicht Zeit genug, eine Diskussion darüber zu führen, obwohl dies wichtig gewesen wäre, da sich die Gemeinden mehren, die bei der Reform des Gemeindevahlrechts auch den Rechtsansprüchen der Frauen in mehr oder minder beschränkter Weise Rechnung tragen. Aber immer ist das gewährte Frauenwahlrecht ein beschränktes. Genossin Schlefinger als Referentin über die Frage legte vor und begründete eine Resolution, die alle notwendigen Forderungen an die Kommunalvertretungen enthält und vor allem das allgemeine und gleiche Wahlrecht ohne Beschränkungen verlangt. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter werden aufgefordert, sich für das Wahlrecht der Frauen einzusetzen.

Es wurde auf der Konferenz außerdem noch über die Dienstmädchenorganisation, über die Sozialversicherung und über die Lebensmittelteuerung referiert, und die Genossinnen erhielten dabei Winke für die Agitation. Ein besonders eindringlicher Appell erging, die Genossinnen möchten sich zahlreich an den Bildungsbestrebungen der Partei beteiligen und für die Verbreitung der Literatur sorgen, die in erster Linie für die Arbeiterinnen bestimmt ist. Auch die Abhaltung des Frauentages im künftigen Jahr wurde beschlossen, wie auch die Einleitung einer Agitation für die Reform des Vereinsgesetzes. Sie soll noch in diesem Jahre erfolgen.

Dem Parteitag, dem die Frauenkonferenz vorausgegangen war, haben 21 Genossinnen als Delegierte beigewohnt. Gewiß eine stattliche Zahl. Eine Genossin gehörte auch dem Bureau an, das die Geschäfte des Parteitags leitete. Leider war es diesmal den Genossinnen nicht möglich, an den Verhandlungen des Parteitags aktiv teilzunehmen. Zu Wort kam ihrerseits nur die Sekretärin des Frauenrechts-Komitees, Genossin Probst, die über die Frauenbewegung zu referieren hatte. Auf der Tagesordnung des Parteitags stand das Verhältnis zwischen den Bruderparteien der einzelnen Kronländer voran, das heißt unsere Stellung zur zentralistischen und separatistischen tschechischen Fraktion. Darum blieb leider für die Behandlung der übrigen Tagesordnung wenig Zeit. Der ganze Parteitag stand im Banne der Verhandlungen über das schwierige Problem, die fast zwei Tage ausfüllten. Genosse Adler hielt ein dreistündiges Referat dazu, und die Redezeit war für alle nachfolgenden Debatteredner auf 20 Minuten verlängert worden.

Die Erörterungen über die Frage endeten mit der Anerkennung der neuen zentralistischen tschechischen Sozialdemokratie, die an den alten internationalen Traditionen festhält. Abgelehnt wurden aber alle Anträge, die verlangten, daß alle Beziehungen zur separatistischen tschechoslawischen Partei abgebrochen würden. Bei den tschechischen Arbeitern, die unter separatistischer Führung stehen, muß doch endlich die Erkenntnis zum Durchbruch kommen, daß es die Interessen der gesamten Arbeiterklasse schädigt, wenn in ihren eigenen Reihen Uneinigkeit und Zwietracht herrscht. Höher als die nationalen Interessen müssen allen Arbeitern die proletarischen Klasseninteressen stehen. Zu dieser Einsicht werden sich auch die tschechischen Arbeiter durchringen. Darum aber sollen ihnen die Wege zum deutschen sozialdemokratischen Proletariat nicht durch Parteitagbeschlüsse versperrt sein. Tapferkeit und Geduld bezeichnete Genosse Adler als die schönsten sozialdemokratischen Tugenden, die in diesem Falle geübt werden müßten. Der Parteitag schloß sich seinen Anschauungen durch einstimmige Annahme der vorgelegten Resolution an.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände: Lebensmittelteuerung und Wohnungsnot, dann die Wehrreform mußten am letzten Tage in Eile durchberaten werden. Hier hätten die Genossinnen manches zu sagen gehabt, aber die Rücksicht auf die wenige zur Verfügung stehende Zeit ließ sie schweigen. Beschlossen wurde die Einführung eines Wahlfonds. Die Beitragserhebung bei den weiblichen Parteimitgliedern wurde dem Frauenreichs-Komitee im Einvernehmen mit der Parteivertretung und den Landeskomitees überlassen. Wir zweifeln nicht, daß die bei weitem meisten Sozialdemokratinnen in Österreich nicht zurückbleiben werden, wenn es sich darum handelt, die Partei zum Kampfe gegen den Feind zu stärken.

Alles in allem: die Genossinnen können mit dem Ergebnis der Frauenkonferenz und des Parteitags zufrieden sein. Sie wollen mit aller Energie und Hingabe weiterarbeiten, um die sozialdemokratische Agitation in immer neue Kreise der proletarischen Frauen zu tragen. Begeisterten Widerhall fand ein Begrüßungsschreiben, das Genossin Zetkin in ihrer Eigenschaft als Sekretärin der sozialistischen Fraueninternationale an die Konferenz gerichtet hatte. Die schweizerischen Grüße wurden im Namen der Konferenz durch die Vorsitzende auf das herzlichste erwidert. So ist auch auf der Tagung der österreichischen Genossinnen die Solidarität des Proletariats aller Länder zum Ausdruck gekommen, welche angesichts der kriegsklüsternden imperialistischen Politik der herrschenden Klassen die stärkste Schutzwehr des Weltfriedens ist. A. P.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Ende September fand im zehnten sächsischen Wahlkreis eine Reihe von Versammlungen statt, die die Proletarierinnen der Partei zuführen sollten. Die Unterzeichnete referierte über das Thema: „Was lehrt die Teuerung die Frauen?“ Wie schwer die gestiegenen Kosten des Lebensbedarfes auf den Frauen lasten, zeigte der Besuch der Versammlungen, der durchschnittlich sehr gut war. Wenn man den ausgebeuteten Proletarierinnen die Zoll- und Steuerpolitik der herrschenden Klassen erläutert, ihnen das System der Einfuhrzölle und der Liebesgaben auseinandersetzt, so lodert die Empörung in hellen Flammen in ihnen empor. Ergeht dann die Aufforderung an sie, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, so folgen sie meist der Mahnung in großen Massen. Im zehnten sächsischen Wahlkreis waren bisher nur kleine Anfänge der proletarischen Frauenbewegung vorhanden. Durch die Versammlungen wurde auch dort, wo bis jetzt noch keine einzige Frau organisiert war, eine große Zahl weiblicher Parteimitglieder gewonnen; so in Rostwein 57, in Rossen 47, in Oeringwalde 68, in Waldheim 53, in Hartha 26. Die Parteioorganisationen in Döbeln und Leisnig hatten zusammen schon ungefähr 100 weibliche Mitglieder; zu ihnen kamen 42 resp. 19 neue. Die Genossinnen in Rostwein haben nach der Versammlung eine rege Agitation entfaltet, durch die sie zu den 57 in der Versammlung aufgenommenen 110 weitere Mitglieder hinzugewannen; von diesen 167 neuen Mitstreitern sind 97 Frauen. In allen Orten versprachen die Genossen und Genossinnen, Besende für die Frauen einzurichten, um die Ungeschulten mit unseren Ideen vertraut zu machen und zusammenzuhalten. Der Erfolg der Versammlungen beweist, daß es auch in kleineren Orten möglich ist, die proletarischen Frauen für unsere Sache zu gewinnen. Die Saat der herrschenden Klassen reißt der Ernte entgegen. Der Einfluß, den politisch aufgeklärte proletarische Frauen auszuüben vermögen, wird sich bei den Reichstagswahlen zeigen. Minna Reichert.

Für die bei der Firma Zeiß in Jena angestellten Arbeiterinnen hielt die Unterzeichnete einen Vortrag über „Die Kulturarbeit der freien Gewerkschaften und ihre Vorteile für die Arbeiterinnen“. Die Firma Zeiß stellt in der letzten Zeit mehr und mehr Frauen an, um die Löhne der Männer nach Möglichkeit zu senken. Leider haben sich von den 250 in Betracht kommenden Arbeiterinnen bis jetzt erst verschwindend wenige der Organisation angeschlossen. Der Metallarbeiterverband hatte deshalb die Versammlung einberufen, den Arbeiterinnen sollte der Weg gewiesen werden, den sie gehen müssen, wenn sie gegen ihre Ausbeutung ankämpfen wollen. Am Schlusse der Versammlung versprachen die jungen Mädchen, Mitglieder des Metallarbeiterverbandes zu werden, denn sie wollten keine Lohndrückerinnen sein. Der Versammlungsleiter, Genosse Matthes, erklärte, daß er bald wieder eine Versammlung für die Arbeiterinnen einberufen werde, damit alle Gelegenheit haben, dem Verband beizutreten.

Die Versammlung war zunächst für den Abend geplant gewesen, fand aber gleich nach dem Geschäftsschluß statt, weil diese Zeit für die Arbeiterinnen günstiger ist. Als unsere Genossin Pute von der Verlegung erfuhr, sorgte sie schleunigst dafür, daß für den Abend des gleichen Tages eine Frauenversammlung einberufen wurde, in der die Unterzeichnete über „Die Teuerung und die Reichstagswahlen“ referierte. Die Annonce, die diese Veranstaltung bekanntgab, konnte erst am Tage ihres Stattfindens in der Zeitung erscheinen. Trotzdem kam eine prächtige Versammlung zustande, ein Beweis dafür, wie wertvoll und notwendig es ist, daß die Genossinnen die Parteipresse regelmäßig lesen. Besonders in der Zeit des Wahlkampfes ist es wichtig, daß sie, auf einen Ruf ihres Organes hin, jederzeit schnell zusammenströmen. Die Jenaer Genossinnen haben gezeigt, daß auch die Frauen pünktlich und zahlreich zur Stelle sein können, auch wenn die Aufforderung zum Erscheinen sie erst in der Abendstunde des Versammlungstages erreicht. Der gute, ernste Wille kann überall Schwierigkeiten überwinden.

Helene Grünberg.

In Altona fand am 10. Oktober eine öffentliche Frauenversammlung statt, in welcher Genossin Zieh über „Lebensmittelteuerung und Zollwucher“ referierte. Die Vortragende schilderte die Verteuerung der Lebensmittel, legte deren Ursachen dar und forderte zum Eintritt in die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen des Proletariats als den besten Mitteln gegen die Auswucherung der Ausgebeuteten durch die Besitzenden. In der Diskussion wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Brotfabriken von Busch in Hamburg und Berk & Ehlers in Altona die geringen Forderungen der Bäckergehilfen nicht bewilligt haben, und daß deren Kampf durch die vielen Arbeiterfrauen erschwert wird, die trotzdem noch bei diesen Firmen laufen. Genosse Sievert forderte die Frauen auf, bei der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Einstimmige Annahme fand eine Resolution, die in Übereinstimmung mit der Resolution des Jenaer Parteitags Maßregeln gegen die Teuerung fordert und die proletarischen Männer und Frauen auf die Konsumvereine, die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter aufmerksam macht. Es wurden 57 Aufnahmen für die Partei gemacht und 85 „Gleichheit“-Leserinnen gewonnen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen, der über 1000 Personen beiwohnten, darunter ungefähr 800 Frauen. Ein gutes Zeichen das für den Ernst, mit dem die Proletarierinnen sich am nun entbrannten Reichstagswahlkampf beteiligen werden.

Emma Bliedernicht.

Die arbeitenden Frauen Hamburgs erhoben am 10. Oktober in 17 öffentlichen Frauenerfassungen Protest gegen die Teuerung und den Lebensmittelwucher. Zu Tausenden waren sie zu dieser Kundgebung gegen die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches zusammengeströmt. Die Genossen und Genossinnen können sich kaum entfinnen, je so viele Frauen in öffentlichen Versammlungen der Partei beisammen gesehen zu haben. In mehreren Versammlungen bildeten Genossinnen das Bureau. Die Bestellkommissionen hatten in den einzelnen Distrikten den Veranstaltungen rühmig vorgearbeitet und so zu ihrem imposanten Verlauf und prächtigen Erfolg beigetragen. Etwa 200 weibliche Parteimitglieder, eine Anzahl Leser für das „Hamburger Echo“ und rund 250 Abonnenten für die „Gleichheit“ sind an diesem Abend gewonnen worden, soweit die Genossinnen die Zahlen festgestellt haben. Außerdem ist die Hoffnung berechtigt, daß die Versammlungen noch eine gute Nachwirkung in den Bezirken der einzelnen Wahlkreise haben werden.

Um die Genossinnen zu veranlassen, sich rege im politischen Leben zu betätigen, laden die Mitglieder der Bestellkommissionen in den einzelnen Distrikten die organisierten Sozialdemokratinnen zu jeder öffentlichen wie zu jeder „Frauenagitationsversammlung“

— so heißen jetzt die Frauenbildungsabende — persönlich ein. Durch diesen Verkehr der Genossinnen untereinander hofft man die Frauen allmählich dahin zu bringen, daß sie die Scheu überwinden, die sie meist vor dem Heraustreten in die Öffentlichkeit empfinden. Die persönliche Art der Agitation soll in ihnen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Glieder einer Klasse wecken, den Opfermut und die Freude am Kampfe für eine bessere Zukunft stärken. Unter den Genossinnen herrscht ein guter Geist, der sicherlich immer größere Kreise der proletarischen Frauen ergreifen wird. Die nächste Zukunft muß unserer proletarischen Frauenbewegung große Fortschritte bringen.

Das Winterprogramm der Nürnberger freien Jugendbewegung. Das Nürnberger Jugendheim im „Historischen Hof“ in der Tucherstraße 20 ist seit dem 16. Oktober den ganzen Winter über wochentags von 8 bis 1/2 10 Uhr, Sonntags von 2 bis 6 Uhr abends geöffnet. An jedem ersten Sonntagvormittag im Monat finden sachkundig geleitete Führungen durch Museen, Ausstellungen usw. statt. Am zweiten und vierten Sonntag werden Ausflüge mit dem Touristenverein „Die Naturfreunde“ unternommen. An je einem Abend der Woche findet ein literarischer Abend und Gesangsunterricht statt. Zweimal im Monat werden die Jugendlichen in das Verständnis der Musik, in das Leben und Wirken unserer großen Denker und in das Reich der Naturwissenschaften eingeführt. Volkswirtschaftliche Vorträge werden jeden vierten Donnerstag gehalten. Jeder Dienstag und Samstag, jeder zweite Donnerstag, zweite und vierte Freitag und jeder erste und dritte Sonntag im Monat ist der Unterhaltung, dem Lesen und Spielen im Jugendheim gewidmet. Das Jugendheim besteht aus einem Gesellschaftsraum und einem Lesezimmer, die beide freundlich eingerichtet sind. Eine Jugendbibliothek steht zur Verfügung, die 200 Bände umfaßt. Es liegen außer der „Arbeiter-Jugend“, der „Arbeiter-Turnzeitung“, der „Gleichheit“, Gewerkschaftsblättern, verschiedene Kunstblätter und Zeitschriften aus. Gesellschaftsspiele verschiedenster Art sind vorhanden. Zur kostenlosen Beteiligung an allen Veranstaltungen des Jugendausschusses sind Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 13 bis 18 Jahren berechtigt, welche nicht mehr volksschulpflichtig und Abonnetten der „Arbeiter-Jugend“ sind, die monatlich 10 Pf. kostet und im Jugendheim bestellt werden kann. Die Abonnementkarte dient als Legitimation. Die körperliche Ausbildung der Jugendlichen ist durch einen Gegenseitigkeitsvertrag dem Arbeiterturnverein übertragen worden. Jugendlichen, die sich durch eine Abonnementkarte der „Arbeiter-Jugend“ ausweisen, können kostenlos an den Turnabenden der Zöglingabteilung teilnehmen. Für die Unfallunterstützungskasse des Arbeiterturnvereins müssen sie 10 Pf. Einschreibgebühr und 25 Pf. Jahresbeitrag zahlen. Mitgliedern der Zöglingabteilung des Arbeiterturnvereins, die der freien Jugendbewegung nicht angehören, ist es gestattet, kostenlos deren Veranstaltungen beizuwohnen. Alle aufgeklärten Proletarier, namentlich auch die Arbeiterfrauen, müssen die schulentlassenen jungen Proletarier, müssen Lehrlinge wie jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf die bildenden Veranstaltungen der freien Jugendbewegung aufmerksam machen. Mehr als bisher noch müssen insbesondere die Mütter bedacht sein, ihre Töchter der Jugendbewegung zuzuführen. Agitationsmaterial übermittelt gern die Vorsitzende des Jugendausschusses, Helene Grünberg, Breitegasse 25/27.

Von unserer Jugendbewegung. Der dritte Jahresbericht der „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ ist vor kurzem erschienen. Trotz des heftigsten Bemühens der Staatserhaltenden, trotz aller Schikanen und Verfolgungen durch Polizei, Gerichte und Behörden aller Art gibt der Bericht ein erfreuliches Bild vom Wachstum der Bewegung. Am besten kommt die Entwicklung in der zunehmenden Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ zum Ausdruck. Von 28 100 im ersten Jahre des Erscheinens und 45 000 im zweiten stieg ihre Zahl auf 65 612 im dritten Jahre.

Neben der „Arbeiter-Jugend“ sind es die Jugendheime, an deren steter Vermehrung ebenfalls die Ausdehnung der proletarischen Jugendbewegung gemessen werden kann. Von den 218 berichtenden Orten haben 147 ein Jugendheim, das je nach dem Umfang der örtlichen Bewegung über einen oder mehrere Räume verfügt und ein- oder zweimal wöchentlich oder aber täglich geöffnet ist. In 74 Jugendheimen sind Bibliotheken vorhanden, die 50 bis 600 Bände enthalten. Außerdem liegen in fast allen Heimen eine stattliche Anzahl guter Zeitschriften aus. In allen Jugendheimen ist sowohl das Rauchen wie der Genuß alkoholischer Getränke untersagt.

Über die Bildungsveranstaltungen für die Jugend gibt folgende Aufstellung Auskunft:

Art der Veranstaltung	Zahl der Veranstaltungen	Teilnehmer		Zusammen
		Jugendliche	Erwachsene	
Einzelvorträge	1804	61892	7720	69612
Vortragsreihen	82	6473	1781	8254
Unterrichtskurse	69	1101	145	1246
Künstler. Darbietungen	326	25099	14850	39949
Besuche v. Museen, Ausstellungen usw.	282	5711	718	6429

Die Einzelvorträge verteilen sich auf 162 Orte. In der Zahl der Vorträge steht Leipzig mit 273 an der Spitze. Ihm folgen Hamburg mit 165, Berlin mit 77 und Köln mit 68.

Soweit Angaben über die Vortragsthema gemacht sind, lassen sie sich wie folgt gruppieren:

Literatur	253	Jugendschutz	46
Jugendbewegung	222	Technik	42
Geschichte	162	Gesundheitslehre	41
Naturwissenschaften	108	Alkoholfrage	30
Volkswirtschaft	77	Religion	27
Geographie und Reisebeschreibungen	56	Staatsrecht	26
Soziales	49	Leibesübungen	25
Arbeiterbewegung	48	Schule und Erziehung	22
		Kunst	13

Vortragsreihen sind in 50 und Unterrichtskurse in 31 Orten veranstaltet worden. Sie erstrecken sich ähnlich wie die Einzelvorträge auf die verschiedensten Wissensgebiete. Vielsach werden diese Veranstaltungen gemeinsam mit den Bildungsausschüssen arrangiert. Nicht einbezogen in obige Zusammenstellung sind die Veranstaltungen in Dresden. Nach dem übermittelten besonderen Bericht haben dort ohne die regelmäßigen Zusammenkünfte in den Jugendheimen — während des Winters — 1076 Veranstaltungen stattgefunden, und zwar:

Vorträge	291	Künstler. Veranstaltungen	47
Unterhaltungsabende	128	Halbtagspartien	134
Diskussionsabende	86	Tagespartien	51
Versammlungen ohne besondere Tagesordnung	104	Exkursionen	64
Lesen- u. literarische Abende	86	Spielabende	89
		Singstunden	16

Die Vorträge behandelten folgende Gebiete:

Volkswirtschaft u. Geschichte	61	Sozialwissenschaft und Versicherungswesen	15
Literatur und Kunst	41	Schundliteratur	9
Naturwissenschaften	37	Alkoholismus	7
Geographie	29	Allgemeinere Themen	53
Kulturgeschichte	22		
Gesundheitslehre	17		

In verschiedenen Heimen sind Leseabende eingerichtet, die sich einer besonders regen Beteiligung seitens der Jugend erfreuen. Wanderungen, Freispiele, feiliche Veranstaltungen, Schulentlassungsfestern in allen Orten beweisen das wachsende Verständnis der organisierten Arbeiterschaft für die Erziehung ihres Nachwuchses. Die Kosten all dieser Veranstaltungen werden nämlich freiwillig von den Arbeitereltern getragen, um ihre Kinder nicht den Veranstaltungen der bürgerlichen „Jugendpfleger“, wie sie sich so schön nennen, in die Arme zu treiben, obwohl man dort förmlich um die proletarische Jugend wirbt und gern etwas zuzieht, wenn sie nur kommt.

Um Jugendliche und Erwachsene auf die gesetzlichen Schutzbestimmungen aufmerksam zu machen und zu ihrer Innehaltung mit heranzuziehen, hat die Zentralstelle dankenswerterweise eine Broschüre herausgegeben „Der gesetzliche Arbeiterschutz für Jugendliche“ von Robert Schmidt. Diese übersichtliche Zusammenstellung ermöglicht allen Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern, sich vor gefehrwidriger Ausbeutung zu schützen. Gab es doch nach der letzten Berufszählung im Deutschen Reiche 3362483 erwerbstätige Jugendliche von 14 bis 18 Jahren, darunter 1439399 weibliche. Die Gesamtzahl der Vergehen gegen die Kinder- und Jugendschutzbestimmungen betrug im Jahre 1909 18786 gegen 20814 im Jahre 1908. In Wirklichkeit ist die Zahl bei weitem größer, da sehr viele Übertretungen überhaupt nicht zur Anzeige gelangen und die geringe Bestrafung solcher Übertretungen geradezu ein Anreiz zur Mißachtung der Gesetze ist.

Unpolitische Jugendvereine bestehen zurzeit in 103 Orten, deren Mitgliederzahl 17755 betragen soll, darunter 2984 weibliche. Auflösungen unpolitischer Jugendvereine finden täglich statt, die Begründung ist stets dieselbe, nämlich: daß der Ver-

ein Propaganda für die Sozialdemokratie betreibt, eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt und die Jugend zum Klassenhaß aufreize. Es würde zu weit führen, hier alles wiederzugeben, was in dieser Beziehung im letzten Jahre an Polizeivillkür geleistet worden ist.

Daß die „politischen Angelegenheiten“ nur dann einen Grund zur Auflösung von Jugendorganisationen bilden, wenn vermutet wird, ihr Wirken könne sich in seinen Folgen gegen die Politik der herrschenden Klassen richten, versteht sich von selbst. In christlichen und nationalen Jugendvereinen konnte das Thema „Weltpolitik“ in einer Versammlung behandelt werden, ohne daß die Behörde Grund zum Einschreiten fand. Wenn aber, wie es in Berliner Arbeiterjugendversammlungen geschah, auf der Tagesordnung steht „Amerika, Land und Leute“ oder „Daniel Friedrich Schubarth“, so wird diese Veranstaltung aufgelöst, bevor der Referent beginnt. Warum das zweierlei Recht? Der Amtsanwalt hat dies bei der Gerichtsverhandlung ausgesprochen: Man wisse ganz genau, daß nicht über das angegebene Thema, sondern über Partei und politische Angelegenheiten gesprochen werde. Der Herr Amtsanwalt mußte allerdings den Beweis für diese Behauptung schuldig bleiben, und sämtliche Jugendliche wurden freigesprochen, die wegen Beteiligung an diesen „politischen“ Versammlungen angeklagt worden waren. Trotzdem geht die beliebte Praxis weiter. Wenn unsere Regierung in ihrem Haß gegen die Arbeiterbewegung nicht von allen guten Geistern verlassen wäre, hätte sie längst merken müssen, daß sie mit ihren fortwährenden Verfolgungen der beste Agitator für die proletarische Jugendbewegung ist.

Aus dem Bericht ist deutlich zu ersehen, wieviel der organisierten Arbeiterschaft auf dem Gebiet der Erziehung der Jugend zu klassenbewußten Mitkämpfern noch zu tun übrig bleibt. Aber ebenso gewiß zeigt er, welche reiche Tätigkeit die Jugendausschüsse im ganzen Reiche entfalten, wie sie weder Mühe noch Kosten scheuen, der Arbeiterklasse das Kostbare zu erhalten, was sie besitzt: ihren Nachwuchs. Die durchaus nicht zu unterschätzenden Anstrengungen der bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeiterjugend in ihr eigenes Lager hinüberzuziehen, wird den Werttätigen ein steter und scharfer Ansporn sein, ihre eigenen Bemühungen zu steigern, Kopf und Herz der jungen Proletarier für die Ideale ihrer Klasse zu gewinnen.

M. W.

Politische Rundschau.

Der Wahltag ist heraus und ebenso die Wahlparole, die die Regierung zum Kampfruf aller „staatsverhaltenden“ Parteien machen möchte. Am 12. Januar soll ein Reichstag nach dem Herzen der Wucherzöllner gewählt werden, wenn es nach dem Willen des Herrn v. Bethmann Hollweg geht. Er will die Scharen dieser Parteien durch die Parole sammeln: „Erhaltung der nationalen Wirtschaftspolitik“, hofft wohl auch, durch seine Taktik die Nationalliberalen, die ja auch Zöllner sind, wieder an die Seite der Konservativen und des Zentrums zu bringen.

Der Sozialdemokratie könnte diese Parole schon recht sein. In der Zeit der Teuerung wird sie es ganz besonders erleichtern, die noch nicht in Bewegung gekommenen Wählermassen aufzurütteln und ihnen neue Erkenntnis einzupauken. Gelegenheit dazu wird aber auch schon die Antwort der Regierung und die Haltung der Parteien in der Teuerungsdebatte geben, die durch die Interpellationen über diese brennende Angelegenheit im Reichstag entfesselt wurde. Mit aller Rücksichtslosigkeit, die ihm zu Gebote steht, hat der Vertreter der Regierung erklärt, daß diese keines von all den Mitteln ergreifen will, die zu einer einigermaßen fühlbaren Linderung des Notstandes gefordert werden. Das Volk soll weiter hungern, denn das Interesse der Junker, der Großgrundbesitzer verlangt das. Das ist der kurze, aber unzweideutige Sinn der langen Kanzlerrede. Nicht einmal eine zeitweise Aufhebung der Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel will er zugestehen, nicht einmal eine zeitweise Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh und Fleisch. Besser, das Volk mache eine Hungertur durch, als daß es Fleisch genösse, das nicht vom nationalen Vieh gewonnen ist, und das deshalb selbstverständlich gesundheitsgefährlich sein muß. Gesundheitlich zuträglich ist nur das teure Fleisch, das die großen Viehzüchter im Deutschen Reiche liefern. Auch die Gesundheit des einheimischen Viehes würde durch die Einfuhr billiger Schlachttiere und wohlfeileren Fleisches aus dem Ausland bedroht werden, die Gesundheit des einheimischen Viehes, das freilich jetzt schon trotz aller Sperrn von der Maul- und Klauenseuche arg heimge sucht wird. Als ob es nicht möglich wäre, das ausländische Vieh gleich an der Grenze schlachten zu lassen und gleich bei der Einfuhr das gefrorene Fleisch zu prüfen, das übrigens in England

seit Jahrzehnten von der Bevölkerung ohne Schaden genossen wird. Aber alle diese bange Sorge um die Gesundheit von Menschen und Vieh ist ja nur durchsichtiger, heuchlerischer Vorwand. Die wahre Sorge gilt dem Profit der Großgrundbesitzer. Mag das Volk den Hungerriemen enger schnallen, seine unzureichende Lebenshaltung noch tiefer herabdrücken; mögen Krankheiten unter dem Proletariat noch schlimmer wüten als sonst, weil der geschwächte Körper ihren Angriffen keinen Widerstand zu leisten vermag: wenn nur die „notleidende Landwirtschaft“ geschützt bleibt! Nicht einmal auf kurze Frist dürfen in der Zeit schlimmer Not die Zölle und Grenzsperrn aufgehoben werden. Weil das der „nationalen Wirtschaftspolitik“ Schaden könnte. In der Tat, wenn das Volk einmal an einem praktischen Beispiel erfahren würde, wie sehr der Fortfall dieser Hindernisse selbst unter ungünstigen Verhältnissen, selbst zur Zeit einer allgemeinen Teuerung, die Lebensmittel verbilligte, so wäre allerdings ein starkes Anschwellen der Bewegung gegen das System des Zoll- und indirekten Steuerwuchers zu erwarten. Deshalb muß das deutsche Volk vor solch gefährlicher Erkenntnis behütet werden, und sei es um den Preis der Hungersnot! . . . Etwas Aufreizenderes als diese Kanzlerrede ist dem deutschen Proletariat kaum jemals geboten worden. Fast scheint es, als habe der leitende Staatsmann mit kühler Überlegung die schärfste Form für seine Erklärungen gewählt, so daß sie schier wie grausamer Hohn auf das Elend der Massen wirken. Ob er wohl glaubt, daß diese „Festigkeit der Regierung“ die Bewegung gegen den Wucher der Zölle und indirekten Steuern eindämmen werde? Jedenfalls beweist seine herausfordernde Haltung, mit welcher Nichtachtung die Herrschenden die Forderungen der Massen selbst in solch kritischen Zeiten behandeln. Sie bauen darauf, daß die Massen mit Schafsgeduld zu unsäglichen Leiden auch noch den Hohn ertragen. Sehen sie nicht die Anzeichen, daß diese Geduld zu Ende geht, oder mimen sie die Sorglosen, um zu verbergen, daß ihnen die Angst vor dem Erwachen und Handeln der Massen in den Knochen sitzt? — Ein ganzes Regiment von Staatssekretären und Ministern marschierte zur Unterstützung des Kanzlers auf. Sie waren gehorsame Handlanger des vorgesehenen Handlangers der besitzenden Klassen. Meist variierten die Herren das schon von ihrem Meister abgehandelte Thema, daß der Zwischenhandel und das unnötige Geschrei über die Teuerung an der Teuerung schuld seien, daß Reich und Bundesstaaten nichts tun könnten, wohl aber die Städte. Der Reichsschatzsekretär Vermuth spannte außerdem noch eine neue Saite auf die alte Fiedel der Wucherzöllnerlei. Wegen eine zeitweilige Aufhebung der Futtermittel- und Lebensmittelzölle machte er geltend, daß das Reich die Erträge der Zölle auch nicht für einige Monate entbehren könne, und das trotz des Goldes, in dem es angeblich dank der „Finanzreform“ schwimmt. Was besagt das? Den Massen muß das Leben verteuert bleiben, es darf ihnen selbst in Hungerzeiten keine auch nur vorübergehende Erleichterung der Last zuteil werden, weil erstens die Großgrundbesitzer ihren Tribut heischen, und weil zweitens die Besitzenden von direkten Steuern für das Reich verschont bleiben wollen. Das nennt sich „ausgleichende Gerechtigkeit“ und ist eine glänzende Bestätigung dessen, was die Sozialdemokratie seit je gegen die volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik des Reiches behauptet hat. Diese ist eine Maßregel nacktester Klassenherrschaft der Besitzenden.

Die konservativen und Zentrümmer waren selbstverständlich von der überagrarischen Rede des Kanzlers hoch entzückt. Grollend hat die alldeutsche und marokkoltolle „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ eine ihr höchst unliebsame Folge festgestellt, welche die Rede des Kanzlers gehabt hat. Seitdem sie den Großgrundbesitzern die liebliche Botschaft von der Sicherung ihrer Zollprofite verkündete, ist die Kritik an der Marokkopolitik der Regierung in den Blättern der Blauschwarzen ganz verstummt. Die Redner der Ritter und Pfaffen waren natürlich ein Herz und eine Seele mit dem Kanzler. Nach seiner Weisheit blieb ihnen eigentlich kaum noch etwas zu tun übrig. Das Zentrum griff daher zu einem jener demagogischen Kniffe, in denen es Meister ist. Es ließ den „Bauerndoktor“ Heim reden, der wohl ein starrer Agrarier ist, aber im Gegensatz zur Mehrheit seiner Partei die Bauerninteressen mehr betont wissen will als die Junkerinteressen. Er schreckt daher vor einer zeitweiligen Aufhebung der Futtermittelzölle nicht zurück, die die Großgrundbesitzer entrüstet ablehnen, weil die Bauern die Futtermittel von ihnen kaufen müssen. Die Nationalliberalen stehen natürlich auch fest auf dem Boden der „nationalen“ Wucherzollpolitik. Dennoch fühlten sie sich von der Angst vor den Wählern getrieben, den Mund so zu spizen, als ob sie darin nicht ganz so weit gingen wie die Blauschwarzen. Wenn es aufs Pfeifen ankommt, werden die Herren diese Grimasse lassen. Und die Freisinnigen, die „Wollen und Ganzen“, vermochten bei allen Angriffen gegen die Regierung

und die Rechte doch die Versicherung nicht zu unterdrücken, daß sie die Zölle nur ganz allmählich herabsehen würden. Die Herabsetzung darf den Satten und Übersatten nicht wehe tun, auch wenn dadurch Hungerige geschaffen werden. Die Stimme des Volkes, sein Schrei nach Brot, sein empörter Protest gegen die schändliche Politik der Stockprügel auf den Magen kam nur in den Reden der sozialdemokratischen Sprecher Scheidemann und Südekum zum Ausdruck.

Die Wahlparole des Reichskanzlers ist inzwischen stillgerecht durch die Forderung nach Knebelgesetzen für die Arbeiterklasse ergänzt worden. Der Junkerführer Heydebrand tat dies folgerichtig auf einem sogenannten Parteitag der Konföderation Schlesien. Ausplünderung und Knebelung gehören zusammen. Die Nationalliberalen wollen es ihrerseits mit dem Appell an den Flottenkoller versuchen. Die „Magdeburgische Zeitung“ forderte dieser Tage die Regierung auf, die Verstärkung der Marine zur Wahlparole zu machen.

Die amtliche Wahlbeeinflussung zugunsten der Blauschwarzen wird bei dem eingeleiteten Wahlkampf üppig ins Kraut schießen. Die „Frankfurter Zeitung“ konnte melden, daß die preussische Regierung die Landräte angewiesen habe, ihr Mitteilung von Angriffen auf die Regierungspolitik zu machen. Dergleichen „Sünden“ soll mit Flugblättern entgegengewirkt werden. Und das ist dabei das Beherre: die Herkunft dieser Wische soll von den Landräten als holdes Geheimnis behandelt werden. Bis jetzt hat noch kein offizielles Organ Zeit zur Verantwortung der Frage gefunden, aus welcher Kasse diese amtliche Agitation bezahlt wird. Entweder deckt die Regierung die Aufwendungen zur Unterstützung des blauschwarzen Blocks durch öffentliche Gelder, die von allen Steuerzahlern aufgebracht werden müssen, gleichviel welcher politischen Farbe sie sind. Oder aber sie nimmt dafür Trinkgelder der interessierten Parteien. Beides ist schlimmste Korruption. Was Wunder? Eine Regierung gegen das Volk kann sich nur durch Gewalt und Niedertracht erhalten. Die Sache hat auch noch eine andere Seite. Die offizielle Aneiferung der Landräte zur Unterstützung der blauschwarzen Agitation muß auf ihre Umisführung, auf die Auslegung des Vereinsgesetzes und anderes mehr einwirken. Das ist an den fünf Fingern abzuzählen. Die bayerische Regierung bleibt hinter ihrer preussischen Kollegin an Dienwilligkeit für den Block der Junker und Pfaffen kaum zurück. Im Landtag hat der Ministerpräsident Podewils es als selbstverständlich hingestellt, daß ein Beamter nicht Sozialdemokrat sein darf. Es zerrinnen die Träume von der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern! Der Kriegsminister hat zur allgemeinen Warnung mitgeteilt, daß das Ehrengericht einem Reserveoffizier die Epauletten aberkannt hat, der in der Stichwahl zur Wahl eines Sozialdemokraten aufgefördert hatte. Kurz, die Spitzen der bayerischen Staatsbehörden bekennen sich offen als bestifene Lakaien des Zentrums. Aber all das ist dieser Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht noch nicht genug. Nicht einmal die Warnung hat ihr Genüge getan, die der Eisenbahnminister vor dem Süddeutschen Eisenbahnverband ausgesprochen hat. Das Zentrum hat im Landtag erneut das Verbot des verhassten, angeblich sozialdemokratischen Verbandes gefordert, der der schwarzen Arbeiterorganisation gar zu starke Konkurrenz macht. Nieder mit dem Koalitionsrecht, wenn es nicht den Schwarzen dient, das ist Zentrumsparole in Bayern.

In Konstanz ist inzwischen die Niederlage des Zentrums vollendet worden. Mit 14045 Stimmen unterlag sein Kandidat in der Stichwahl dem Liberalen, der 15114 erhielt. Die Zentrumserfolgenschaft stieg zwar gegen die Hauptwahl um 800 Stimmen, erreichte aber doch nicht die Höhe von 1907. Stärker noch als seine Wählerscharen nahmen die Stimmen der Liberalen zu, denen die Sozialdemokratie Hilfe leistete, nachdem sich der liberale Kandidat auf die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen von Jena verpflichtet hatte. Günstiger für das Zentrum ist das Ergebnis der ersten Wahlen zum Landtag Elsaß-Lothringens. Doch da das allgemeine und gleiche Wahlrecht zum erstenmal zur Anwendung kam und die Wahlkreiseinteilung neu war, so fehlt ein Vergleichsmaßstab. Das Zentrum erhielt in dem überwiegend katholischen Gebiet 24 Sitze, die Liberaldemokraten, die mit den Sozialdemokraten im zweiten Wahlgang gegen Zentrum und Nationalisten zusammengingen, 13, die Sozialdemokraten 11. Das Zentrum wird eine Mehrheit zusammenbringen, da sich ihm sicher die 10 Abgeordneten des Lothringer Blocks anschließen, eine landsmannschaftliche Gruppe von politisch unbestimmter, aber überwiegend clerikaler Färbung, sowie einige Unabhängige, die ihm ebenfalls nahe stehen. Die Sozialdemokratie darf mit ihren Erfolgen, besonders in der Stimmengahl zufrieden sein.

Der imperialistische Vorstoß des Deutschen Reiches in Marokko ist nun vorläufig durch den Marokko-Kongo-Vertrag zum Abschluß gekommen. Der Vertrag entspricht wenig der bramarbasierenden Gebärde, mit der Deutschland den Pantherprung tat. Soweit er sich auf die Regelung der Dinge in Marokko selbst bezieht, gliedert er das Land dem französischen Kolonialbesitz ein und hält für Deutschland, wie für die anderen Nationen, das Prinzip „der offenen Tür“ fest, das heißt er läßt alle Nationen als gleichberechtigte wirtschaftliche Konkurrenten in Marokko zu. Einzelbestimmungen sichern Deutschland die Verwirklichung seiner wirtschaftlichen Gleichberechtigung. Was politischen Einfluß anbelangt, so können sich die Geschäftsträger der bestehenden und herrschenden Klassen, die Herren Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter den Mund wischen und ihre Auftraggeber mit ihnen. Als „Entschädigung“ für seine sehr unfreiwillige Enthaltensamkeit in Marokko enthält Deutschland große Länderbrocken im französischen Kongogebiet, an der Süd- und Ostgrenze von Kamerun, eine Abtretung, die das brutale, die Völker vergewaltigende Wesen des Imperialismus hell beleuchtet. In Wirklichkeit hat Frankreich ebensowenig ein Recht, diese Länderereien abzutreten, als Deutschland ein Recht, die Herrschaft über sie anzutreten. Der Imperialismus schwächt mit dem Vaterland, der Freiheit, dem Besitz Wilder und Halbwilder wie der Kapitalist mit Kleiderstoffen und Nahrungsmitteln, und was er mit blutiger Faust eroberte oder mit tückischer List ergatterte, das muß durch Gewalt behauptet werden. Das sicherste Ergebnis des Marokkorummels für das deutsche Volk — wie für das französische auch — ist die Steigerung des Rüstungswahnsinns, sind neue Militär- und ganz besonders Flottenvorlagen, weitere Zoll- und Steuerraubzüge auf die Taschen der Massen, wachsende Drohungen für den Weltfrieden. Darum erhebt das klassenbewußte Proletariat Deutschlands seine Stimme zum schärfsten, wuchtigen Protest gegen die Vergrößerung des Kolonialbesitzes, den es grundsätzlich verwirft, auch wenn er — wie in diesem Falle — durch diplomatische Mogelei gebracht wird. Zutrustet kreischen die Prozeptpatrioten, daß sie durch den Vertrag zunächst um einen frisch-fröhlichen Krieg mit neuen Lieferungen und fetten Profiten für sie gekommen sind. Die alldeutschen Hurrahschreier bilden ihnen den Chor, der das „Volk“ vortäuschen soll. Die „besonnenen liberalen“ Kreise der deutschen Kapitalistenklasse aber jammern nur leise, mit tränendem Auge und heuchlerischem Anstand über das „Ungeschick der Regierung“, das sie zwingt, „alle Hoffnungen zu begraben, die auf eine umfassende Betätigung des deutschen Kapitals und deutschen Unternehmungsgeistes in Marokko gesetzt worden waren“. „Behüt dich Gott, es war' so schön gewesen!“ Die Regierung läßt natürlich diese Stoßfeuer Stoßfeuer sein. Sie weiß, was sie der deutschen Bourgeoisie bieten darf. Durch ihre Hausjuristen läßt sie verkünden, daß der Abschluß und die Unterzeichnung des Marokko-Kongo-Vertrags lediglich ihre eigene Sache sei, wie es die Verhandlungen vorher auch gewesen sind. Der Reichstag soll jetzt so wenig wie vorher mit zu entscheiden haben. Der Liberalismus gebärdet sich darob etwas verschmupst, wird aber auch die offene Proklamierung einer Theorie des selbstherrlichen Regiments schlucken, wie er sich mit ihrer Praxis abgefunden hat. Die Ohnmacht des Parlaments in Deutschland vor aller Welt aufs neue bloßgestellt zu haben, das ist auch ein unbestreitbares Resultat der Marokkoaffäre und wahrhaftig nicht ihr am mindesten lehreicheres für die Arbeiterklasse, denn die Besitzenden dulden nicht nur diese Ohnmacht, sie wollen sie.

In Osterreich ist das Ministerium Gautsch zu Fall gekommen. Ursache davon ist der Streit zwischen Deutschen und Tschechen, von dem die wichtige Frage der Steuerung völlig in den Winkel geschoben wird. Vergeblich ist das Bemühen Gautschs geblieben, sich durch nichtswürdige Scharfmacherei gegen die Sozialdemokratie am Ruder zu erhalten.

Die schweizerischen Nationalratswahlen brachten der Sozialdemokratie annehmbare Erfolge. Im ersten Wahlgang gewann sie 10 Mandate, der zweite wird ihr noch mehrere dazu eintragen. Auch die Stimmzahl stieg in erfreulicher Weise.

Die Eroberung von Tripolis dünkte der italienischen Bourgeoisie anfänglich ein Kinderspiel. Inzwischen hat sie sich jedoch als ein höchst schwieriges Abenteuer enthüllt, das gewaltige Blutopfer heißt. Viele Hunderte italienischer Soldaten sind bereits gefallen — die vereinigten Türken und Araber kämpfen mit Todesverachtung und haben die italienischen Truppen wieder auf die Stadt Tripolis zurückgeworfen. Furchtbare Greuel, Niedermehelung von Greifen, Frauen und Kindern in Masse zeichnen bereits die Spur des kapitalistischen Raubzugs, der erst in seinen Anfängen steht.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Koalitionsfreiheit unverfälscht kapitalistischer Art ist es, die von Verlegern katholischer Literatur und Zentrumsblättern in Regensburg gelbt wird. Dafür erbrachten diese Herren den Beweis, als der Buchbinderverband als Tarifkontrahent vor ihnen erschien, um den bisher bestehenden Vertrag zu erneuern. Die Verleger bedeuteten ihm, daß sie seine Mitwirkung bei dem neuen Tarifverhältnis nicht wünschten und dieses nur mit dem christlichen Verbändchen abschließen wollten. Alle Vernunftgründe verfielen nicht gegen den vorgeschafften Willen. Nicht der Hinweis darauf, daß in den betreffenden Betrieben die im Buchbinderverband organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen das numerische Übergewicht besitzen; nicht der Hinweis darauf, daß die gleichen Firmen den Buchdruckertarif anerkannt haben und anderes mehr. Die Herren Unternehmer erklärten mit dünnen Worten: Wir verlegen hauptsächlich christliche Literatur, christliche Vereine und Gewerkschaften sind unsere Kunden; deshalb ist es uns nicht zu bedenken, wenn wir nur christlich organisierte Leute beschäftigen wollen statt solcher Arbeiter und Arbeiterinnen, die weder die christlichen Verlagswerke kaufen, noch sie empfehlen, sondern sie bekämpfen. Schon im vorigen Jahre war ausgerechnet am Weihnachtseilabend in den Buchbindereiateilungen der in Frage kommenden Firmen ein Plakat des Inhalts ausgehängt: Nur christlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen können auf dauernde Beschäftigung rechnen. Der Deutsche Buchbinderverband wird sich dieser „goldenen Freiheit“ der Koalition, wie das Kapitalistenherz sie meint und begehrt, zu erwehren wissen. Wie aber würden unsere Gegner Jeter und Mordio schreien, wenn ein sozialdemokratischer Verlag sich einfallen ließe, in den Spuren der frommen christlichen Unternehmer zu wandeln.

Die Tabakarbeiteraussperrung zieht weitere Kreise. In Westfalen, Lippe und Waldeck haben die Kapitalisten der Tabakindustrie schon nahezu 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf Pfosten geworfen. Viele mitarbeitende, nichtorganisierte Frauen der Ausgesperrten wie auch nichtorganisierte Zigarrenarbeiter haben sich den Ausgesperrten angeschlossen. Der Vorstand des westfälischen Zigarrenfabrikantenverbandes lehnte weitere Verhandlungen ab, solange die Arbeit nicht wieder von denjenigen „Meuterern“ aufgenommen wird, die angeblich die Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist eingestellt haben. Die Leitung der kämpfenden Arbeiterschaft erklärte sich bereit, in diesem Sinne zu wirken, unter der selbstverständlichen Bedingung jedoch, daß der Vorstand des Unternehmerverbandes sich verpflichte, seinerseits dafür zu sorgen, daß die ohne Einhaltung der Kündigung Ausgesperrten zunächst wieder eingestellt würden. Auf diesen Bescheid haben die Unternehmer bis jetzt keine Antwort gegeben. Da in der Tabakindustrie von Bremen und Hamburg-Altona Arbeit verrichtet wird, die sicher die westfälischen Fabrikanten „herausreißen“ soll, haben dort die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen beschlossen, auch ihrerseits in den Ausstand zu treten. Nun drohen die Unternehmer damit, daß sie alle organisierten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen aussperrn wollen. Ein großer Kampf steht bevor, dem das gesamte deutsche Proletariat unzweifelhaft weitestgehende Unterstützung angebeihen lassen wird. Die Lohnsklaven des Tabakkapitals können auf die wärmste Sympathie ihrer Klasse rechnen, gehören sie doch zu den schlechtestentlohnerten aller Ausgebeuteten der deutschen Industrie. Durchschnittslöhne von 1,75 bis 2,25 Mk. täglich, wie sie in den Aussperrungsdistrikten gezahlt werden, sind angesichts der Teuerungspreise im buchstäblichen Sinne des Wortes Hungerlöhne. Gegen unbefehliches Elend haben sich die Tausende in Westfalen erhoben, von glühender Begeisterung und Kampfesfreudigkeit befeelt. Es ist das Recht ihres Menschentums, für das sie ringen. Wir alle haben die Pflicht, für unsere kämpfenden Brüder und Schwestern mit der Tat einzustehen. Der Verband der Tabakarbeiter geht mit gutem Beispiel voran. Der Vorstand hat bereits eine Ertragssteuer für ein Vierteljahr ausgeschrieben. Alle männlichen Mitglieder sollen 50 Pf., alle weiblichen und Lehrlinge 25 Pf. wöchentlich zahlen; die Angestellten der Organisation aber steuern 2 bis 5 Mk., je nach der Höhe ihres Gehaltes.

Der Kampf im Steindruckgewerbe steht für die Arbeiter durchaus günstig. In 270 Betrieben befinden sich 4479 Steindrucker und Lithographen im Ausstand. Außerdem sind 1864 Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen vom Streik erfasst worden. Geheitert sind die Bemühungen des Unternehmerverbandes, die ihm nichtangehörigen Steindruckereibesitzer zur Aussperrung ihres Personals zu bewegen. Ebenso ist der Versuch mißglückt, Streikbrecher anzuwerben. So sind die Kaskanen allzu heiß, welche sich die Unternehmer aus dem Feuer dieses Kampfes zu holen gedachten. Hoffen wir, daß sie es bleiben

Weiter unten berichten wir ausführlich über den erfolgreichen Ausgang des Streiks in der Dresdener Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. — Der erste Tarifvertrag in der Zigarrenindustrie konnte in Breslau mit einer Firma abgeschlossen werden. Er kommt 500 Arbeiterinnen zugute, die Zulagen von 20 bis 50 Pf. pro Woche erhielten.

Als neue Konzentration gewerkschaftlicher Kräfte ist die Angliederung des Stukkateurverbandes an den Bauarbeiterverband zu melden. In einer Urabstimmung erklärten sich 63 Prozent der Mitglieder dafür.

Ein hartes Streikurteil wird aus Erfurt gemeldet. Bei der letzten Metallarbeiterausperrung hatten sich drei Streikende zu Tätllichkeiten gegen Arbeitswillige hinreißend lassen. Diese Herren waren in der Folge auch nicht eine Stunde arbeitsunfähig gewesen. Trotzdem wurden zwei der Angeklagten zu 6 Monaten beziehungsweise 3 Monaten 3 Wochen Gefängnis verurteilt, der dritte, „Sünder“, der erst 18 Jahre alt ist, kommt für 2 Monate 2 Wochen hinter Schloß und Riegel. Von Rechts wegen! Denn in der kapitalistischen Ordnung gilt Kapitalistenrecht. #

Der erfolgreiche Ausgang des Streiks der Schokoladen- und Zuckerwarenarbeiter und -arbeiterinnen in Dresden ist nach sechszehntägiger Dauer zu verzeichnen. Da die Streitenden geschlossen und treu im Kampfe standen, so befürchteten die Herren Fabrikanten, daß der Kampf ungeschwächt noch einige Wochen fort-dauern werde. Als der Oberbürgermeister Dr. Beutler einen Einigungsversuch anbahnte, so lehnte der Verband der Schokoladenfabrikanten wohl dessen Vermittlung ab, erklärte sich aber bereit, selbst mit der Streikleitung zu verhandeln. Die in letzter Nummer mitgeteilten Forderungen der Arbeiter blieben die Grundlage der Verhandlungen, auf der es schließlich zur Einigung kam. Wenn auch die Kämpfenden sich etwas von den geheißten Verbesserungen abhandeln lassen mußten, so haben sie doch eine begründete Forderung ihrer Arbeitsbedingungen durchgesetzt. Die Stundenlöhne für Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren wurden auf 15 bis 17 Pf., die für Arbeiterinnen über 16 Jahre auf 17 bis 22 Pf. festgesetzt; die betreffenden Löhne der Arbeiter betragen 17 bis 20 Pf. beziehungsweise 22 bis 32 Pf. Gelehrte und Spezialarbeiter erhalten bis 40 Pf. pro Stunde. Leider sträubten sich die Unternehmer aus „prinzipiellen“ Gründen, sich zur allgemeinen Festlegung des 9^{1/2}-ständigen Arbeitstags zu verpflichten, immerhin versprochen sie, für dessen Einführung in den Fabriken zu wirken, wo er noch nicht besteht. Am 1. November sollten die Betriebe wieder voll in Tätigkeit gesetzt und die Streitenden alle eingestellt werden. Versammlungen der Streitenden beschäftigten sich mit den Einigungs-vorschlägen und traten ihnen — entgegen erhobener Opposition — mit überwältigender Majorität bei. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der „süßen“ Industrie in Dresden haben durch ihren energischen und wohldisziplinierten Kampf die Anerkennung ihrer Organisation durch die Fabrikanten erzwungen. Dieser Fortschritt und die materiellen Erfolge des Kampfes — pro Woche 1,20 bis 2 Mk. Lohnerhöhung und andere wichtige Zugeständnisse noch — werden die Lohnsklaven der Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie fester mit ihrem Verband zusammenschließen. Die Arbeiterinnen haben sich beim Streikpfeifenstehen und Flugblattverteilen als tüchtige Kämpferinnen bewährt, ebenso in der Treue, mit der alle von ihnen aushielten. Mögen sie nun auch in der Arbeit für die Ausdehnung und den Ausbau des Verbandes nicht nachlassen. Daß sie einsichtsvolle Gewerkschafterinnen bleiben, ist eine Vorbedingung künftiger Siege.

In der Holzindustrie konnte in den letzten Wochen und Monaten trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit eine erhebliche Anzahl Lohnbewegungen mit recht günstigem Erfolg zu Ende geführt werden. So zum Beispiel ein Streik der Schreiner in Worms, der 22 Wochen gedauert hatte, und ein solcher in Parchim in Mecklenburg nach 20wöchiger Dauer. In letzterem Orte wurde die Arbeitszeit von 59 auf 57^{1/2} Wochenstunden herabgesetzt, und die Stundenlöhne stiegen während der Dauer des neu abgeschlossenen Vertrags um 5 Pf. Der Durchschnittslohn wurde auf 38 Pf. bemessen und erhöht sich am 1. Mai 1912 auf 40 Pf. Ein dreitägiger Streik brachte den Arbeitern einer größeren Tischlerei in Göttingen 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung und insgesamt 8 Pf. Lohnzulage pro Stunde. Die StocKarbeiter in Zerbst konnten einen elendlichen Ausstand beenden, der ihnen die Zulassung einer Lohnerhöhung auf verschiedene Arbeiten brachte. Einen recht schnellen Sieg errangen die 66 Arbeiterinnen und 10 Arbeiter einer Stuhlrohrfabrik in Bremen. Diese traten in den Streik, weil der Unternehmer Änderungen an der Arbeit vornahm, aber die dadurch entstehende Mehrarbeit trotz wiederholten Vorstelligwerdens nicht begablen wollte. Schon nach wenigen Tagen Arbeitsruhe bewilligte

er 10 Proz. Zulage auf die betreffenden Akkorde. Einigkeit macht stark! — Der Riesenkampf im Hamburger Holzgewerbe ist beendet. Die Arbeiter der Tischlereibetriebe, die 32 Wochen im Ausstand verharrten, gehen jetzt als Sieger aus dem heißen Ringen hervor. Die Arbeitgeber, die sich derzeit vom Rahardtischen Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe losgesagt hatten, glaubten jetzt unter dem Schutze des noch mehr scharfmacherischen „Arbeitgeberverbandes Unterelbe“ den organisierten Holzarbeitern ihre Bedingungen diktieren zu können. Vor allem galt ihr Kampf dem paritätischen Arbeitsnachweis. Sie verlangten gleich den Bauprohen und den Metallindustriellen die Arbeitsvermittlung für sich. Es half ihnen nichts, daß sie sich einen gelben Arbeiterverein schufen, dessen Arbeitsnachweis mit Unternehmergeld in aller Welt Streikbrecher suchte. Gegen eine solche geschlossene Phalanx, wie die der im Kampfe geschulten Hamburger Holzarbeiter, mußte sich jener Ansturm als vergeblich erweisen. Jetzt haben sich die Hamburger Arbeitgeber wieder dem Rahardtischen Schutzverband angeschlossen und über diesen die Brücke zu den Arbeitern gesucht. Das zentrale Schiedsgericht, das bei der Frühjahrsbewegung den letzten Rest der Streitigkeiten entschied, wurde zu Ende Oktober nach Berlin zusammenberufen. Vor ihm kam ein Schiedsspruch zustande, dem beide Parteien am 8. November in ihren Versammlungen zugestimmt haben. Der von den Unternehmern so schwer bekämpfte paritätische obligatorische Arbeitsnachweis wird von neuem eröffnet und bildet einen Bestandteil des Tarifvertrags. Für ihn gilt in der Hauptsache das Regulatoriv des Berliner Arbeitsnachweises. Es müssen also alle neu einzustellenden Arbeitskräfte dorthin bezogen werden. Die Stundenlöhne werden während der Vertragsdauer um 6 Pf., die Mindestlöhne sogar um 7 Pf. erhöht. Die letzteren steigen somit für Tischler auf 65 Pf., Bauanschläger auf 75 Pf. und für Parkettleger auf 80 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit wird um 1 Stunde verkürzt und beträgt sodann 51 Stunden pro Woche. Die Arbeiter haben damit alles erreicht, was sie von Anfang an forderten. Die Ausständigen haben in dieser langen Zeit große Opfer gebracht, mancher hat zum Wanderstab gegriffen, um den heimischen Arbeitsmarkt zu entlasten. Die in Arbeit Stehenden zahlten außerordentlich hohe Extrabeiträge, um die Unterstützungen aufbessern zu können. Jetzt ist ihnen der Erfolg für ihre Ausdauer geworden, und sie danken der Organisation, die ihnen diesen Sieg erst ermöglichte. Am 6. November konnte die Arbeitsaufnahme erfolgen. Trotzdem wird es noch für längere Zeit viele Arbeitslose in Hamburg geben, da die Aufträge erst wieder herangeholt werden müssen. Der Zuzug Arbeitslustiger muß deshalb vorerst noch eine Zeitlang unterbleiben.

Die oft langwierigen Arbeitskämpfe, die durchgeföhrt werden, erweisen, daß die Organisation der deutschen Holzarbeiter die für notwendig erachteten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen trotz allen Widerstandes durchzusetzen vermag. Von der Wertschätzung dieser vereinten Kraft zeugt es, daß immer wieder Lohnbewegungen — selbst umfangreiche — ohne Arbeitsniederlegung durchgeführt werden können. So wurde auf diese Weise erst jetzt wieder in der bedeutenden Klavierindustrie Stuttgarts ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Er verkürzt die wöchentliche Arbeitszeit von 54 auf 53 Stunden und erhöht die Akkordlöhne um 6 Prozent. Noch kürzer, nämlich 52 Stunden, ist die Arbeitszeit nach dem neuen Tarifvertrag für die Arbeiterschaft der großen Zimmermannschen Klavierfabrik in Leipzig. Die Mindestlöhne sind dort für Tischler auf 66 Pf., für Maschinenarbeiter auf 51 Pf. normiert worden. Auch in Klavierfabriken zu Meissen und in Dresden erreichten die Arbeiter Verbesserungen ihrer Lage.

Welchen Wert man gerade in der Holzindustrie auf eine kurze Arbeitszeit legt, zeigt der Umstand, daß der Mitte Oktober abgeschlossene Tarifvertrag mit den Berliner Modellfabriken eine solche von 51 Stunden vorsieht, wobei Modelltischler und Modelldrechsler, sofern sie über 21 Jahre alt sind, mindestens 75 Pf. Stundenlohn erhalten müssen. Selbst in Düsseldorf konnten die Modelltischler jetzt eine Herabsetzung von 60 auf 57 Stunden nebst Lohnerhöhung durchsetzen.

Der durch die Fleishteuerung begünstigte stärkere Fischverkauf ist für die Korbmacher in Wulsdorf bei Bremerhaven zum Segen geworden. Die starke Nachfrage nach Fischkörben ermöglichte ihnen, eine alte Scharte auszuweihen und sich etwas bessere Akkordpreise zu sichern. Dieser Erfolg rückt den Vorteil einer starken, jederzeit schlagfertigen Organisation in helles Licht. In der langen ungünstigen Zeit hatten die Korbarbeiter ihrem Verband die Treue bewahrt, dadurch nur war es ihnen jetzt möglich, die günstige Situation schnell auszunützen zu können.

Um den Angehörigen der einzelnen Berufe, die im Deutschen Holzarbeiterverband vereinigt sind, Gelegenheit zu geben, ihre be-

sonderen Interessen gemeinsam zu beraten, finden von Zeit zu Zeit Branchenkonferenzen statt. Die Vergolder waren zu Ostern in Berlin beisammen. Nun werden um Mitte November die Abgesandten der deutschen Maschinenarbeiter in München und bald darauf die der Stellmacher in Berlin zu solchen Konferenzen zusammentreten. fk.

Notizenteil.

Soziale Elendsbilder.

Vom Arbeiterparadies Saarabien. Harte Zeiten macht die Arbeiterschaft des wichtigen Industriegebiets an der Saar durch, und noch härteren geht sie entgegen. Die Lebensverhältnisse der Saarbergleute sind so erbärmlich geworden, daß Hunderte von Familien königlichen Musteranstalten den Rücken kehren, um in Lothringen oder Westfalen Brot zu suchen. Seit Monaten streiten sich die „Christlichen“ und „Fachabteilungen“ darum, wem das Verdienst an den Erfolgen gebührt, den die letzten Beratungen des Vergetats im preußischen Dreiklassenhaus den Saarbergleuten angeblich gebracht haben. Nun, diese Erfolge sind derart, daß ein großer Teil der Bergleute noch nebenher in einem anderen Beruf Verdienst sucht, daß immer mehr Frauen ins Erwerbsleben hinausgetrieben werden und daß die Prostitution in erschreckender Weise zunimmt.

Wir finden die Grubenproletarier als Fuhrleute, in Glas- hütten, Brauereien, in allerlei Handwerksbetrieben und in Drudereien. Der Lohn, den sie für die Arbeit auf der Beche erhalten, reicht nicht aus, um ihre Familien vor dem Hunger zu schützen, und so greifen sie nach jedem nur möglichen Nebenverdienst. Natürlich werden sie dabei zu Lohnrüden. Die Unternehmer zahlen den Bergleuten, die sie „nebenher“ beschäftigen, nicht einmal die Hälfte des Lohnes, den sie einem anderen Arbeiter geben müßten.

Da der Verdienst des Mannes nicht ausreicht, den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten, so müssen die Frauen suchen, das Fehlende zu erwerben. In Eppelsborn ist eine Anzahl Bergarbeiterfrauen als Erdarbeiter beim Bau der dortigen Wasserleitung beschäftigt. So werden denn hier durch die preußischen „Musterbetriebe“ polnische Verhältnisse geschaffen. Wird in einer Zeitung eine Putz- und Scheuerfrau gesucht, so reißen sich Hunderte von Arbeiterfrauen geradezu um eine solche Stelle. Das Ergebnis ist, daß die Frau, die das Glück hat, die Stelle zu erhalten, sich mit ein paar Pfennigen zufrieden geben muß. Der großen Mehrzahl der Frauen ist es nicht möglich, einen Erwerb zu finden, da es in der hiesigen Gegend an einer Industrie fehlt, die weibliche Arbeitskräfte verwenden kann. Dennoch muß die Frau Geld ins Haus bringen. Die Folge ist, daß manche gezwungen wird, ihren Leib zu verkaufen. Vor einiger Zeit erklärte hier ein Amtsrichter, „daß er schon in vielen Orten und Städten tätig gewesen sei, aber eine derartige Un- sittlichkeit wie hier habe er noch nie gefunden“. Hier, in der Hochburg des patriarchalischen Unternehmertums, das für die Arbeiter väterlich sorgt, indem es keine Selbständigkeit, keine Organisation unter ihnen aufkommen läßt, werden Bergarbeiterfrauen auf die Straße getrieben, durch die bitterste Not zu feilen Dirnen erniedrigt. Kann eine Mutter es mit ansehen, wie ihre Kinder hungern, kann sie es ertragen, daß sie ihren Säugling mit schwarzem Kaffee vergiften muß, weil sie außerstande ist, teure Milch für das Würmchen zu kaufen? Es sind das dieselben Frauen, von denen der verstorbene Popelius sagte, „daß sie mit weißen Handschuhen aus der Küche kommen und das teuerste Gemüse auf dem Markte kaufen“. Müßen noch schlimmere Zeiten kommen, bis die ausgebeuteten Männer und Frauen des Saargebiets sich gegen solch fluchwürdige Zustände empören? A. S., Neunkirchen.

Dienstbotenfrage.

Auf die Verbesserungsbefähigung der Dienstbotenverhältnisse hat ein Mann der Wissenschaft und Praxis zugleich in eindringlichster Weise hingewiesen. Vor dem Siebten Internationalen Kongress für Kriminalanthropologie wurde auch die Frage der Kriminalität der Dienstmädchen aufgerollt. Der Brüsseler Richter Raymond de Nykete sprach dazu, und das in der Hauptsache auf Grund der Verhältnisse in Brüssel. Er erörterte die Häufigkeit von Hausdiebstählen, Erpressung und Kindsmord unter den dortigen Dienstmädchen und machte in erster Linie die traurige wirtschaftliche und rechtliche Lage der Dienenden für die hohe Kriminalität verantwortlich. Nach-

dem er so den ursächlichen Zusammenhang zwischen Not, Rechtslosigkeit und Verbrechen festgestellt hatte, kam er zu dem Schlusse, daß den bedauerlichen Erscheinungen durch eine gründliche Hebung der Lage der Dienstboten entgegenwirkt werden müßte. Als Mittel zu diesem Zwecke nannte er die Umwandlung der Dienenden in häusliche Arbeiterinnen, die nach Stunden beschäftigt und entlohnt werden; durchgreifende Wohnungs- und Wohnungsinspektion, die auch die Dienstbotenzimmer erfasst; berufliche hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen; gewerkschaftliche Organisation; Achtung der Hausfrauen auch vor der unehelichen Mutterchaft. Diese Forderungen werden mehr als einer der „Gnädigen“ den Schreckenruf abpressen: „Mir wird so eng! . . . Nachbarin! Euer Gläschen!“

Frauenstimmrecht.

J. K. Die Bewegung für das Wahlrecht aller Großjährigen in Holland gewinnt an Ausdehnung und Kraft. Das bewies die Demonstration bei der Eröffnung des Parlaments am 10. September, dem Tage, an welchem wie festgesetzt der Regierung die Massenpetition für das Wahlrecht aller Großjährigen eingereicht wurde. Das Jahr reger Agitation für diese Forderung ist nicht vergeblich gewesen. Obgleich die Demonstration auf einen Wochentag fiel, war die Beteiligung an ihr fast so stark wie sonst bei den jährlichen Sonntagsmanifestationen. Ganz besonders auffallend groß war die Zahl der Frauen, die sich heuer an der Wahlrechtskundgebung beteiligten. Diese Beteiligung ist die erste Frucht der sozialdemokratischen Agitation für das allgemeine Frauenwahlrecht in Holland. Die Frauen wurden durch sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats geführt.

Es wird das große Verdienst der deutschen Genossinnen bleiben, den richtigen geschichtlichen Zusammenhang zwischen der Bedeutung des Frauenwahlrechts und dem Klassenkampf des Proletariats zuerst klar erkannt zu haben. Dieser klaren Erkenntnis verdanken sie die von ihnen vertretene Auffassung, das Frauenwahlrecht müsse zu einer Forderung der praktischen Politik der Sozialdemokratie gemacht und grundsätzlich bei allen Wahlrechtskämpfen auch dann verteidigt werden, wenn seine Einführung noch nicht erreichbar erscheint. Mit dieser ihrer Auffassung sind sie den Genossinnen anderer Länder bahnbrechend vorangegangen. In Holland pflücken wir jetzt die Früchte davon. Hier hat sich gezeigt, wie richtig die Überzeugung ist, daß von den Frauen des arbeitenden Volks das Wahlrecht nicht in erster Linie als eine Forderung ihres Geschlechts betrachtet wird, sondern als eine Forderung ihrer Klasse. Die Agitation für das Wahlrecht aller Großjährigen hat der sozialistischen Partei zahlreiche Anhängerinnen gewonnen. Die große praktische Bedeutung dieser Agitation ist im Verlaufe des letzten Jahres vielen Genossen und Genossinnen klar geworden. Möchte man sie doch auch bald in unserem Nachbarland Belgien erkennen! Nun gilt es in Holland die Arbeit des letzten Jahres fortzusetzen und zu vervollständigen. Von 311317 Unterschriften unter der Wahlrechtspetition konnte festgestellt werden, ob sie von Männern oder Frauen herrührten: 166507 Unterschriften waren von Männern, 144810 von Frauen gegeben worden. Diese Frauen sollen zu klassenbewussten Kämpferinnen für den Sozialismus erzogen werden. Wir müssen sie durch schriftliche und mündliche Agitation zu erreichen suchen. Und die Fortschritte des letzten Jahres geben den holländischen Genossinnen die Überzeugung, daß sie dem Sozialismus in Herz und Hirn von immer mehr Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen eine feste Stätte bereiten werden.

H. Ankersmit-Amsterdam.
Für die Einführung des beschränkten Frauenwahlrechts in England, wie es die sogenannte Conciliation-Bill (Versöhnungs-entwurf) vorgibt, scheint die liberale Regierung nun Neigung zu zeigen. Bekanntlich lehnte sie anfangs das Damenwahlrecht als undemokratisch glatt ab, erst bei der letzten parlamentarischen Behandlung der Conciliation-Bill zeigte sie ihm ein etwas freundlicheres Gesicht. Ministerpräsident Asquith erklärte damals, daß die Regierung für die erneute Beratung des plutokratischen Putschwerks eintreten werde. Lord Lytton, ein Verfechter des Jenseitswahlrechts, hat auch in einem Briefe an Asquith angefragt, ob dieser sein Wort zu halten gedenke. Der liberale Ministerpräsident antwortete darauf, daß „die im Namen der Regierung gegebenen Versprechungen, die Conciliation-Bill zu fördern, strengstens gehalten werden sollen, sowohl dem Buchstaben wie dem Sinne nach“. Die Frauentrichterinnen sehen ob dieser Erklärung bereits den Himmel voller Geigen hängen. Es schiert sie keinen Pflifferling, daß die Annahme der Conciliation-Bill die erdrückende Mehrzahl der englischen Frauen nach wie vor ohne politisches Bürgerrecht lassen würde, ja schlimmer noch: daß sie jähe Feinde eines wirklich demokratischen Wahlrechts mit neuen, starken Waffen ausrüstete.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Konservativen ohne Unterschied des Geschlechts für ein beschränktes Frauenwahlrecht schwärmen, weil sie in ihm einen Damm erblicken gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts. Möglich, daß unter dem Eindruck der bedeutenden Massenbewegungen des englischen Proletariats die liberale Regierung dem Wahlrecht für den weiblichen Geldbeutel um seiner reaktionären Wirkungen willen steigende Gunst zuwendet.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Von Fortschritten der sozialistischen Frauenbewegung in Holland kann berichtet werden. Ungefähr dreißig Partei- und Gewerkschaftsblätter haben dem „Sozialdemokratischen Frauenverband“ ihre Bereitwilligkeit erklärt, einen besonderen Teil für die Frauenbewegung einzurichten. Der Verband hat ein Pressekomitee eingesetzt, das die betreffende Rubrik der Blätter mit Beiträgen versorgt. Wie wir schon früher berichteten, redigiert die Vorsitzende des Verbandes, Genossin Wibaut, seit einiger Zeit die Frauenseite des Zentralorgans der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, „Het Volk“. Für die Verbreitung und Ausgestaltung des Verbandsorgans „De Proletarische Vrouw“ sind die Genossinnen unablässig tätig.

Allmählich steht auch eine größere Zahl von Rednerinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung zur Verfügung. Um die Heranbildung solcher zu fördern, stellt der Verband den sozialdemokratischen Frauenklubs ausgearbeitete Leitsätze über verschiedene Themata zu, nebst der dazu gehörenden Literaturangabe. Wir hoffen, daß dank dieses Mittels in den einzelnen Klubs selbst sich führende Genossinnen heransuchen werden, auch haben die Leitsätze den Vorteil, den bereits rednerisch tätigen Genossinnen die Möglichkeit zu rascher und sicherer Orientierung über bestimmte Fragen zu geben. Das wird zumal solchen Frauenklubs zunutze kommen, die nicht über die Mittel verfügen, sich Rednerinnen von auswärts kommen zu lassen. Immer mehr Parteiorganisationen fordern Genossinnen zu einem Vortrag über die Frauenarbeit und ähnliche Fragen auf. Die Parteileitung gewährte dem Verband einen Beitrag zu den Kosten seiner Agitation unter den Frauen, und auch sonst gewinnen die Genossinnen für ihr Wirken die steigende Sympathie und Unterstützung der Genossen. Alles in allem: die sozialdemokratische Frauenbewegung Hollands ist in rascherem Fluß als früher, es geht vorwärts.

N. Ankersmit, Amsterdam.

I. K. Die Jahresversammlung des Internationalen Sozialistischen Frauenrats für Großbritannien hat in London stattgefunden. Die angeschlossenen Organisationen: Sozialdemokratische Partei, Unabhängige Arbeiterpartei, Gesellschaft der Fabier, Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen und verschiedene Gewerkschaften waren zusammen durch 17 Delegierte vertreten. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die Neuwahl einer Leitung für die Körperschaft. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, und an Stelle der leider verstorbenen Genossin Mac Donald trat Genossin Murby als Schriftführerin. Genossin Murby, die die Fabier vertritt, nahm das Amt an. Genossin Reeves-Norwich erstattete darauf ein Referat über „Frauen und Kinder unter dem Armengesetz in Norwich“. Die anschließende Diskussion wandte sich auch der Frage der sozialen Fürsorge für Schwachsinnige zu. Es wurde beschlossen, daß sich die nächste Quartalsversammlung eingehend mit der Frage beschäftigen und womöglich eine Resolution ausarbeiten soll, die geeignet ist, als Grundlage für eine internationale Erörterung der Frage durch die Genossinnen zu dienen. — In den letzten Monaten wurde die Tätigkeit der englischen Genossinnen vor allem durch die gewaltige Streikbewegung beherrscht, die auch die Arbeiterinnen ergriffen hatte, und durch die damit verbundene Aufgabe, diese der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Die „Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen“ arbeitet dabei Hand in Hand mit dem „Landesverband der Arbeiterinnen“ (National Federation of Women Workers) und der „Liga der Frauengewerkschaften“ (Women Trade Union League). Die erstgenannte Organisation ebnet dabei die Wege und bereitet den Boden für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Arbeiterinnen. Es sind nicht die Arbeiterinnen eines Berufs oder eines Industriegebietes, die jetzt stark das Bedürfnis nach gewerkschaftlicher Organisation empfinden. Nein, überall fehlt sich dieses Bedürfnis unter ihnen durch. Jede Trade Union, die der „Liga der Frauengewerkschaften“ angegliedert ist, hat eine stattliche Zahl neuer Mitglieder gewonnen. Einer Gewerkschaft von Webertinnen in Yorkshires traten zum Beispiel binnen zwei Tagen 300 neue Mitglieder bei. Guten Zuwachs bekamen die Gewerkschaften der Schneiderinnen, der Schuharbeiterinnen und viele andere noch. Auch die Gewerkschaften, die

Arbeiter und Arbeiterinnen eines Berufs zusammen organisieren, berichten von einem starken Zustrom der Arbeiterinnen. Mehr als 20 neue Zweigvereinigungen haben sich dem „Landesverband der Arbeiterinnen“ angeschlossen, der den Zweck verfolgt, die lokalen zerstreuten Arbeiterinnenorganisationen für ganz Großbritannien zusammenzufassen und dadurch ihre Kräfte zu konzentrieren. Es sind Arbeiterinnen der verschiedensten Berufe, die sich in den neuen Zweigvereinen organisiert haben: Konservenarbeiterinnen, Sacknäherinnen, Zinnschachtelmacherinnen, Kabel-, Blei-, Korsett-, Zuckerwarenarbeiterinnen, Salzverpackerinnen usw. Auch die Putz- und Scheuerfrauen in den Schulen des Londoner Grasschaftsrats haben sich organisiert. Es gibt kaum ein größeres Industriezentrum im Lande, in dem die Arbeiterinnen nicht in Bewegung geraten sind und sich zu organisieren beginnen. Es sind namentlich zwei Forderungen, die allgemein von den Arbeiterinnen erhoben werden: höherer Lohn und kürzere, geregeltere Arbeitszeit. Eine besonders umfangreiche und kräftige Bewegung ist unter den Wäschereiarbeiterinnen in Fluß gekommen. So in Cardiff, Swansea, Sunderland, Acton, Hendon und vielen anderen Orten noch. In Cardiff allein schlossen sich 1000 Wäscherinnen dem „Landesverband der Arbeiterinnen“ an, und von überallher wird gemeldet, daß große Versammlungen stattfinden, daß der Ruf nach Organisation ertönt. Die Niedrigkeit des Lohnes und die unwürdige Tyrannei in den Betrieben treiben zusammen die Wäscherinnen zur Ablehnung und zum Zusammenschluß. Es versteht sich, daß die „Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen“ diese Bewegung mit Rat und Tat fördert. Die Situation der letzten Monate hat ihr eine reiche Fülle von Arbeit gebracht, welche alle Kräfte aufs äußerste anspannt, aber auch gute Erfolge zeitigt. Sie konnte nicht weniger als acht neue Zweigorganisationen gründen, und die Konstituierung von vier weiteren steht bevor. Es ist eine Zeit der Ausfaat, und der ausgestreute Samen schießt schnell in die Halme.

Frauenbewegung.

Frau Minna Cauer's siebzigster Geburtstag, am 1. November, ist mit Recht als ein Ehren- und Freudentag von den Frauenrechtlerinnen gefeiert worden, die zum linken Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung Deutschlands zählen. Und auch über diesen engen Kreis hinaus werden viele mit großer Anerkennung und Sympathie der tapferen und selbstlosen Vorkämpferin der Frauenrechte gedacht haben. Es ist ein arbeits- und kampfreiches Leben, auf das diese frauenrechtlerische Führerin zurückblickt und mit Befriedigung zurückblicken darf, das Leben eines Menschen, „der immer strebend sich bemühte“. Unter inneren Schwierigkeiten, unter inneren Kämpfen hat Minna Cauer um Erkenntnis gerungen, hat sie sich den Willen zur Tat gestählt, hat sie gehandelt. Die Ideale, denen ihr Lebenswerk dient, und die es gestalten, hat sie mit heiliger Inbrunst durch alle Stürme getragen. So ist die Greisin glaubensstark und jugendfrisch im Kampfe für sie geblieben, wo viele des nachrückenden Geschlechts kleinmütig, wankend die Ziele niedriger und näher gesteckt haben. Minna Cauer steht auf der äußersten Linken der bürgerlichen Frauenbewegung, die ihr viele wertvolle Anregungen, manche kräftigen Impulse verdankt. Sie muß insbesondere an erster Stelle unter denen genannt werden, die den Kampf für das Frauenwahlrecht zum Hauptziel der bürgerlichen Frauenbewegung erheben wollen, die unablässig bemüht sind, die frauenrechtlerischen Kräfte für diesen Kampf zu sammeln und zu schulen. Eine echt demokratische Gesinnung ist es, die Minna Cauer zur konsequenten, treuen Verfechterin der Frauenrechte macht. Daher bringt diese frauenrechtlerische Führerin dem Vorwärtsdrängen des Proletariats zur politischen Demokratie und nach sozialen Reformen mehr Verständnis entgegen als die meisten ihrer Gesinnungsgenossinnen. Neben der Forderung gründlichen Arbeiterinnenschutzes ist es namentlich die Lösung des allgemeinen Wahlrechts, für die sie auf dem Boden einer bürgerlichen Auffassung kämpft. Daß sie den Weg zum wissenschaftlichen Sozialismus nicht finden konnte, daß sie noch immer den Traum von einer Wiedergeburt der bürgerlichen Demokratie in Deutschland träumt: ist bei ihrem Entwicklungsgang und ihrer Wesensart erklärlich. Minna Cauer ist jedoch trotz allem ungebeugt durch die Bürde der Jahre vorwärts gegangen, auch dann, wenn sie nur kleine Gefolgschaft fand oder allein blieb. Sie wird in der Schönheit einer aufrechten liberalen Welt- und Lebensanschauung alten Stils sterben, aber wir wünschen zugleich, daß sie ihr zunächst noch viele Jahre dienen möge. Denn so oft wir mit ihr die Klingen kreuzen müssen und vielleicht auch in Zukunft noch kreuzen müssen: ihr Wesen und ihr Wollen ehren auch wir aufrichtig.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Betkin (Hundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Drey Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.